

Wege für eine Bäuerliche Zukunft

ENDE GELÄNDE

Wir haben es heiß!

Besser am Boden bleiben

Fleisch und Milch: System- statt Klimawandel!

Erneuerbare Energien

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzspanierstraße
15/3/1, 1090 Wien

Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33

E-mail: office@viacampesina.at

Homepage: www.viacampesina.at

Redaktion: Monika Gruber, Franziskus Forster,
Eva Schinnerl

Gestaltung & Layout: Eva Geber

Zeichnungen: MUCH Unterleitner



Titelfoto: ÖBV

Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großbeersdorf

Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung): David Jelinek (Obmann), Johann Kriechbaum (Obmann), Daniela Kohler, Anneke Engel, Franziska Schrolmberger, Johann Schauer, Franz Rest

Geschäftsleitung: Julianna Fehlinger

Sekretariat: Katherina Mergl

Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber*innen wieder.

Einzelpreis: Euro 5,-

Jahresabonnement: INLAND Euro 28,-

AUSLAND Euro 32,-

Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111,
Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529
BIC GIBAATWW

ÖBV-Mitgliedsbeitrag:

Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):

Euro 38,- + 1/1000 des Einheitswertes.

Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 38,-, Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält das Abonnement für die BÄUERLICHE ZUKUNFT.

Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130

41. JAHRGANG (2018)

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wenn wir wollen, dass unsere Nachkommen mit einem Klima leben, das nicht völlig außer Rand und Band ist, dann müssen wir dringend über „Ende Gelände“ reden. Das ist ein Slogan der Klimagerechtigkeitsbewegung, um rote Linien zu ziehen und endlich das zum Thema zu machen, was aufhören muss. Und wir müssen über das reden, was sich ändern muss. Mit diesem Schwerpunkt wollen wir einen Beitrag leisten, um ins Tun zu kommen. Denn die Welt soll ein besserer Ort werden.

Die nächste Nummer ist die Frauenausgabe mit dem Schwerpunkt „Lebens(g)arten“. Redaktionsschluss ist der 29. Oktober.



*Herbstliche Grüße aus der Redaktion,
Eva, Monika und Franziskus*



Das Engerl ...
geht diesmal an die Aktivist*innen von „Ende Gelände“ und an die Bewegung „System Change not Climate Change“, die sich unentwegt für unser Klima einsetzen. Das gibt Hoffnung und das Engerl freut sich auch über jegliche Unterstützung.

Das Teufel ...
freut sich, weil munter weiter gespritzt wird. Am 1. Mai 2017 hat ein Kärntner Obstbauer Chlor-



pyrifos gespritzt. Viel davon, während der Blüte. Dies hatte den Tod von 800.000 Bienen zur Folge. Um eine gute Ernte garantieren zu können, seien gewisse Schäden in der Pflanzen- und Tierwelt normal. Er wurde kürzlich von einem Gericht für den übermäßigen Gebrauch verurteilt, auch um eine „generalpräventive Wirkung“ zu erzielen. Geht es beim Bienensterben um bloße unsachgemäße Anwendung in einem Einzelfall?

KOMMENTAR

VON DANIELA KOHLER



ENDE GELÄNDE ...

Stehen wir am Abgrund? Was genau ist denn eigentlich am Ende? Die Erde (das Gelände) wird es – vermutlich nicht unbeschadet, aber doch – überleben. Vielleicht wird sie gezwungen sein, Homo sapiens abzuschütteln, wenn der alles an den Abgrund (land)wirtschaftet... Zumindest auf unserem Teil der Erde. Denn während hierzulande die meisten von dieser Art des Wirtschaftens profitieren, bekommen Millionen Menschen im Globalen Süden die tiefgreifenden Konsequenzen bereits hautnah zu spüren. Können wir noch etwas tun? Ich sage Ja! Noch ist nicht Ende Gelände! Aber es ist höchste Zeit zu handeln!

Der Titel dieser Ausgabe – Ende Gelände – ist von der Klimagerechtigkeitsbewegung für das Ende des klimazerstörenden Braunkohleabbaus entlehnt. Gerade dieser Tage ist z. B. der Hambacher Forst in aller Munde, wo tausende Aktivist*innen – und auch Bauern und Bäuerinnen – die Abholzung des Hambacher Forsts für den Abbau der Kohle zu verhindern versuchen und damit ein starkes Zeichen setzen für das Ende von zerstörerischen Praktiken für billige Energie. So wie diese Bewegung mit „Ende Gelände“ fordert: „Stopp! Bis hierhin und nicht weiter!“, so brauchen wir auch in der Landwirtschaft ein klares „Stopp!“ für klimazerstörende Bewirtschaftung.

Zugleich müssen wir heute beginnen, so zu wirtschaften, dass wir die Klimaveränderung auf ein erträgliches Maß reduzieren können und so auch unserer Umwelt die Möglichkeit geben, wieder zu

gesund. Und vor allem: diese Wirtschaft, auch die Landwirtschaft, muss sich wieder darauf besinnen, dass sie im Endeffekt dem Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt!

Klimagerecht landwirtschaften heißt für mich konkret: Vorrang für den Anbau von Lebensmitteln, die direkt der menschlichen Ernährung dienen, ohne den Umweg über die Tierfütterung! Dort wo Tiere auf Grünland gehalten werden, weil wir das Gras nicht essen können und das Gelände oder andere Faktoren einen Anbau von pflanzlichen Lebensmitteln nicht zulassen, soll dies ohne Zufütterung von Getreide, Soja usw. geschehen (ausgenommen Nebenprodukte). Nährstoffkreisläufe müssen so regional wie möglich geschlossen werden!

Unsere Aufgabe ist es außerdem, uns vehement dafür einzusetzen, dass politische Rahmenbedingungen für eine klimagerechte Landwirtschaft geschaffen werden, und zugleich Bewusstseinsbildung bei Bäuer*innen und Konsument*innen für Veränderungen im persönlichen Bereich zu betreiben: Landwirtschaft sind wir alle!

Viele Kleinbäuer*innen sind sicher auf einem guten Weg in die Zukunft unterwegs, einem bäuerlichen Weg – Via Campesina, und gemeinsam mit vielen Tausenden anderen Bäuerinnen und Bauern können wir etwas bewirken!

*Daniela Kohler
Biobäuerin in Buch/Vorarlberg
und im Vorstand der ÖBV*



INHALTSVERZEICHNIS

Maria Vogt	
WIR HABEN ES HEISS!	4
Magdalena Pitzer	
BESSER AM BODEN BLEIBEN	5
Franziskus Forster	
FLEISCH UND MILCH: SYSTEM- STATT KLIMAWANDEL!	8
KURZ & BÜNDIG Teil I	10
Christine Pichler-Brix und Julianna Fehlinger	
WAS MUTTERKÜHE, SCHAFE UND ZIEGEN FÜR UNSER KLIMA LEISTEN KÖNNEN	11
Michael Torner	
ERNEUERBARE ENERGIEN	12
KURZ & BÜNDIG Teil II	14



Hans Kriechbaum	
KONSEQUENTER NUTZTIERSCHUTZ – DA GEHT NOCH WAS!?	15
Florian Walter und Monika Thuswald	
STOPP FÜR ERWEITERTE SELBSTVERSORGUNG MIT FLEISCH	16
Elisabeth Fresen	
VISIONEN BRAUCHT DAS LAND	18
Gerhard Hovorka	
STEIGENDES EINKOMMEN IN DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	20
Isa Priebering	
NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN IM GÖRTSCHITZTAL?	22
Bernd Fischer	
UMS EGG: DAS COMEBEGG DES GREISSLERS	23
Nikolaus Bösch-Weiss	
DER GUTE DISKURS UM DAS GUTE LEBEN	24
Monika Gruber	
GLOSSE	26
Kontaktadressen/ABO-WERBUNG	27
ÖBV-Info	28

**Aufruf Arbeitsgruppe
„Klimagerechte Landwirtschaft“**

Ein paar Menschen in der ÖBV möchten sich mit dem Thema „Klimagerechte Landwirtschaft“ näher befassen. Willst auch du mitdenken und mitarbeiten (in einer Arbeitsgruppe, an einem Positionspapier...), dann melde dich bitte! daniela-kohler@aon.at

WIR HABEN ES HEISS!

Im Weinviertel waren drei der letzten fünf Jahre heiß und trocken. Normale Sommer mit kühleren Phasen und Regen sind die Ausnahme. Die Klimaveränderung und Wetterextreme fordern uns Bäuerinnen und Bauern als Opfer und Täter*innen heraus. Gefordert sind aber vor allem Politiker*innen und schlussendlich alle.

VON MARIA VOGT



Gejamert wurde viel diesen Sommer – ein Tag heißer als der andere, vergeblich auf Regen gehofft – viele Wochen lang, mit Sorge die Pflanzen auf den Feldern betrachtet und bewässert, viel bewässert. Wenig wurde im landwirtschaftlichen Umfeld über Klimawandel, Ursachen und Strategien für die Zukunft gesprochen. Ist es ein Schutzmechanismus, sich mit einer drohenden Krise nicht auseinander zu setzen? Oder sind wir einfach zu bequem, um notwendige Veränderungen anzugehen? Ich hatte den Eindruck, dass „business as usual“ von Politiker*innen und Bevölkerung, zumindest von sehr vielen, fortgeführt wurde. Der Blick, auch der der medialen Berichterstattung, liegt meist auf dem Ertrag. Eine durchschnittliche Ernte wird

als Minus erklärt, wenn es bei industrieller Landwirtschaft ums „immer mehr“ geht. Da wundert es auch nicht, dass große Bewässerungsprojekte angedacht und wohl auch gefördert werden. Ein Kanal von der Donau ins Marchfeld, z. B., oder Weingartenbewässerung mit Trinkwasser in unserer Region. Der Grundwasserspiegel sank heuer wieder beträchtlich. Seit Jahren haben wir als Region fast ohne Tierhaltung zu hohe Nitratwerte im Grund- und damit im Trinkwasser. Eine Nitratentfernungsanlage bereitet das Wasser zum Trinken auf, jedoch: Die Probleme und die Verursacher bleiben. Pestizide, Biodiversitätsverlust, Hofaufgabe, ... Unübersehbar und merklich spürbar sind die Auswirkungen. Was machen da die entscheidenden Politiker*innen:

nix! Klimaziele? Wenn überhaupt, japsen sie hinterher.

Wer auf eine Mauer zurast, sollte die Geschwindigkeit reduzieren und mittels einer radikalen Wende einen Crash verhindern.

Für unseren Hof hat sich unsere Vielfaltigkeit (Getreide, Gemüse, Weinbau, Milchschafe) in den vergangenen, auch trockenen Jahren sehr bewährt. Wir bewässern nicht, dadurch sind die Wurzeln in tieferen Bodenschichten auf Wassersuche. Ein Puffer für Heu und Tierfutter hat sich eingespielt. Überschüsse an Luzernen mäht gerne ein Milchbauer oder es kommt als Mulch in den Weingarten. Gemüse- und Tierfutter machen wir zum Teil selber bzw. achten auf Trockenverträglichkeit und mulchen. Und natürlich wächst

und gedeiht nicht immer alles, aber es war immer mehr als genug! Wir haben eine gute Basis für Resilienz geschaffen.

Sich ans Klima anzupassen, ohne Klima- und soziale Gerechtigkeit, ohne Ressourcenschonung und -verteilung, ohne agrarökologische Bewirtschaftung, ohne Neuverteilung der öffentlichen Mittel nur mehr an klimagerechte Landwirtschaft, ohne eine demokratische Lebensmittelpolitik, wird einfach zu wenig sein. Das heißt, wir brauchen eine Agrarwende und eine andere GAP, schon lange. Es kann nicht sein, dass Agrarpolitiker*innen gemeinsam mit Multis den Karren an die Wand fahren. Ungerechterweise werden alle mitgerissen. Jene, die durch Dürre und/oder Überschwemmung in vielen Teilen der Welt obdach- oder landlos werden, und die wahrscheinlich wenig zum Treibhauseffekt beitragen, genauso wie Verursacher*innen.

Daher: Nutzen wir die Chance auf unsern Höfen und Märkten, in unseren Küchen, Kellern, Geschäften, Gasthäusern ... eine klimagerechte Landbewirtschaftung umzusetzen. Brechen wir auf, gehen wir nach draußen, seien wir laut, aufmüpfig, aktivistisch, zeigen wir auf: Wir haben die Lösung!

Viele Initiativen arbeiten daran. Im Frühling auf unseren Schafweiden beim Klimacamp kamen 300 Menschen zusammen. Es wurde diskutiert, kreative Ansätze wurden ausprobiert, Aktionen erarbeitet und konkret umgesetzt. Es wurde miteinander gekocht, gegessen, gefeiert. Der Termin und der Aufruf zum Mittag, für 2019 auf den Schafweiden steht schon fest.

*Maria Vogt
Biobäuerin im Weinviertel*

Infos auf: www.systemchange-not-climatechange.at

BESSER AM BODEN BLEIBEN

Der Finanzvorstand des Wiener Flughafens erzählt ein Märchen. Die Wundermär von der dritte Piste, die tausende Arbeitsplätze schaffen und Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen sollte. Wenn man sich dieses Projekt allerdings genauer ansieht, kommen daran so einige Zweifel auf. Denn die dritte Piste wird nicht halten was sie verspricht, aber viel zerstören. Zum Beispiel 661 ha Boden. Entweder landwirtschaftlich genutzt, bewaldet oder unter Naturschutz stehend.

Versiegelung statt Bodenschutz

Diese 661 ha werden meist kleinbäuerlich bewirtschaftet – die Region lebt vom Ackerbau. Durch die dritte Piste verlieren die fünf umliegenden Gemeinden im Schnitt 11% ihrer landwirtschaftlichen Flächen¹. Den betroffenen Bäuer*innen droht die Zwangsentwässerung – und keine Ausgleichsflächen sind in Sicht. Denn in der Umgebung kann man keine Flächen umwidmen. Das ist vor allem für die Haupterwerbsbäuer*innen existenzbedrohend.

Der vorherrschende Bodentyp in Wien Schwechat ist Tschernosem. Es ist einer der fruchtbarsten Böden, den man in Österreich finden kann. Zusätzlich zu den 661 ha Ackerboden muss der Flughafen noch Ausgleichsflächen für Waldflächen finden, die ebenfalls durch die dritte Piste versiegelt werden. So wird noch auf zusätzliche 84 ha landwirtschaftlich nutzbarer Fläche in der Umgebung zugegriffen wer-

den!² Boden, der in Zukunft für eine stadtnahe und klimaverträgliche Landwirtschaft dringend benötigt werden wird.

Fliegen in Zeiten des Klimawandels

Schon jetzt sind die Durchschnittstemperaturen in Österreich um zwei Grad höher als im Vergleich zu 1880, und ein Hitzerekord jagt den nächsten. Die dritte Piste nicht zu bauen wäre eine Möglichkeit für echten Klimaschutz. Der Verkehrssektor ist Österreichs größter Treibhausgas-Emittent und der Sektor, in dem die Emissionen am stärksten wachsen. Fliegen ist dabei die mit Abstand klimaschädlichste Fortbewegungsart. Zweidrittel der Flüge, die in Schwechat starten, sind kürzer als 1000 km³. Diese Strecken können leicht auf die Schiene verlegt werden. Und ohne diese Kurzstreckenflüge, bräuchte man auch keine dritte Piste.

Gesundheitsfolgen

Wenn die Anzahl der Flüge steigt, werden auch die Lärm- und Luftbelastung steigen. Direkt davon betroffen sind rund 350.000 Anrainer*innen. Für sie steigt die Wahrscheinlichkeit, an Herz-Kreislaufproblemen, Depressionen oder Schlafstörungen zu erkranken.

Sie ist das klimaschädlichste Projekt Österreichs. Tanzt seit Jahren durch die Instanzen, beschäftigt Politik und Justiz und sollte 661 ha kleinbäuerlich bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche verbrauchen. Außerdem ist sie der Anlassgrund für das umstrittene neue Standortentwicklungsgesetz und die geplanten neuen Staatsziele Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit: die dritte Piste. Doch worum geht es bei diesem Projekt eigentlich?

VON MAGDALENA PITZER



Auch Entwicklungsstörungen bei Kindern zählen zu den Folgen von Fluglärm.⁴

Zweifelhafte Arbeitsplätze

Bleibt noch die Frage nach den Arbeitsplätzen. In den letzten Jahren wurden die steigenden Passagierzahlen von den immer größeren Flugzeugen aufgenommen. Seit 2010 sinkt die Zahl der Flugbewegungen in Wien Schwechat. Außerdem wuchsen österreichweit die Passagierzahlen im Zeitraum

Foto: <https://systemchange-not-climatechange.at>

¹ Siehe Erkenntnis 291-2.2.17 des BVwG

² Ebenfalls Erkenntnis 219-2.2.17

³ Studie des VCÖ, Statistik Austria 2017

⁴ Über 100 verschiedene Studien belegen die Zusammen-

hänge zwischen Fluglärm und den gesundheitlichen Folgen. Genauere Informationen unter www.drittepiste.org



von 2000 – 2014 um 73% – während im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten in der Luftfahrt um 12% sank! Mehr Passagiere bedeuten somit nicht zwangsläufig mehr Arbeitsplätze. Zumal auch ein Ausbau der Zugverbindungen viele neue Arbeitsplätze schaffen würde.

Transitflughafen

Durch die dritte Piste sollte Wien-Schwechat zu einem Transitflughafen werden. So sprechen der Präsident der WKO und der Flughafenvorstand explizit von ihrem Plan, Wien zu einem internationalen Drehkreuz zu machen. Somit bringt die dritte Piste nicht mehr Touristen – sondern mehr Leute, die Umsteigen.

Ebenfalls interessant: Der Flughafen Wien-Schwechat ist einer der wenigen börsennotierten Flughäfen Europas. Rund 40% der Aktien gehören einem australischen Pensionsfonds, je 20% dem Land Niederösterreich und der Stadt Wien, der Rest einer Mitarbeiterstiftung bzw. ist im Streubesitz.⁵

Der Flughafenvorstand & die Regierung

Die Regierung steht dem Flughafen und seinen Ausbauplänen äußerst

⁵ Der Staat verdient relativ wenig mit dem Flughafen. Er ist grundsteuerbefreit, auch für das Kerosin werden keine Steuern bezahlt und die Ticketsteuer wurde erst letztes Jahr halbiert.

wohlwollend gegenüber. Niemand geringerer als Günther Ofner, der Finanzvorstand des Flughafens, war während der Regierungsbildung einer der drei ÖVP-Verhandler zu Infrastrukturthemen. Unterstützung erhielt er vermutlich auch von Beate Glatz-Kremsner, Teil der ÖVP-Steuerungsgruppe und – praktischerweise – Aufsichtsratsmitglied beim Flughafen.

Da ist es auch kein Wunder, dass im Regierungsprogramm auf Seite 151 folgende Worte zu finden sind:

Bekanntnis zur Drehkreuzfunktion des Flughafens Wien-Schwechat und zur Errichtung der dritten Piste am Flughafen Schwechat sowie zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Bundesländerflughäfen und zu deren Ausbau.

Und so wurde aus einer dritte Piste, die aus Klimaschutz-, Bodenschutz- und Gesundheitsgründen nicht gebaut werden sollte, ein neues Herzensprojekt der Regierung.

Justizkrimi

Nun kommen wir zur juristischen Vergangenheit der dritte Piste. Noch vor rund einem Jahr hatte das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) die dritte Piste verboten. Begründet haben sie das – neben der Klimabelastung – auch mit dem enormen Bodenverbrauch der dritte Piste. Die Erkenntnis ist ein Bekenntnis zur „Erhaltung wertvollen

Ackerlands für zukünftige Generationen zur Nahrungsmittelversorgung“.

Im Klimavertrag von Paris hat sich Österreich dazu verpflichtet, seine Emissionen zu verringern. Das Urteil des BVwG erhielt auch international als Zeichen für Klimaschutz viel Ansehen. Nur leider nicht sehr lange. Denn das BVwG wiederrief die Entscheidung unter dem Vorwand, dass sich das BVwG grob verkannt hätte⁶ – eine Begründung, die nur schwer nachzuvollziehen ist.

Mit schweren Folgen: denn so landete die Entscheidung erneut beim BVwG, welches sich in seiner zweiten Erkenntnis nun nicht mehr auf Boden und Klimaschutzgründe berufen durfte. Der Pistenbau wurde unter Auflagen genehmigt. Wie die Klimagerechtigkeitsbewegung „System Change not Climate Change“ berechnete, sparen die Auflagen nicht einmal ein Prozent der zusätzlichen Emissionen ein⁷.

Staatsziel Nummer Eins

Als das BVwG den Pistenbau untersagte, bezog es sich stellenweise auf das Bundesverfassungsgesetz über die „Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung“. Die Regierung reagierte darauf prompt mit einer neuen Idee, wie man sicherstellen kann, dass dieses Gesetz in Zukunft nicht mehr als Argumentationsgrundlage für notwendigen Klima- und Umweltschutz herangezogen werden kann. Die „Lösung“? Man formt es um in ein neues Staatszielgesetz. Gleichbedeutend zu Wasserschutz, Umwelt-

⁶ Nach massivem Druck vonseiten der Industriellenvereinigung, dem Flughafen Wien-Schwechat und der Regierung. Ein Beispiel: <https://derstandard.at/2000075597518/Industrie-Chef-Kapsch-Muessen-Projekte-durchboxen-koennen> (Anm. d. Red.)

⁷ Weitere Informationen auf www.systemchange-not-climatechange.at



schutz und Sicherstellung der Lebensmittelversorgung sollte darin dann auch das neue Staatsziel „Wachstum, Beschäftigung und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort“ stehen.

... und was hat das mit dem Standortentwicklungsgesetz zu tun?

Das neue Standortentwicklungsgesetz sieht vor, dass Umweltverträglichkeitsverfahren (UVP), welche nach einem Jahr noch nicht entschieden sind, automatisch genehmigt werden sollten. Wenn die Antragsteller also unvollständige Unterlagen einreichen und so den Prozess verzögern, sollten sie in Zukunft mit einem Freibrief belohnt werden. Außerdem werden die Möglichkeiten eingeschränkt, Beschwerden einzulegen. Diese Regelung widerspricht dem EU-Recht. Nicht nur bei Umweltorganisationen regt sich heftiger Widerstand, sondern auch bei Verfassungsschützer*innen, Jurist*innen, den Oppositionsparteien SPÖ, Liste Pilz und den Grünen und der Arbeiterkammer Wien.

Eigentlich sollten Umweltverträglichkeitsprüfungen die Qualität von wichtigen Umweltgütern wie Wasser, Luft und Boden schützen. Neben den Auswirkungen des geplanten Entwurfes werden auch Möglichkeiten untersucht, wie man die Auswirkungen auf

Umwelt und Anrainer*innen eingrenzen kann. Durchgeführt wird sie bei allen größeren Bauvorhaben, ob im privaten oder im öffentlichen Interesse. Nur in 3% der Fälle verhindert eine negative UVP ein Projekt. In der Vergangenheit hat sie sich immer wieder als wichtiges Instrument erwiesen, um die Rechte von Anrainern*innen zu schützen, zum Beispiel durch Nachtflugverbote.

Es stimmt, dass bei Großprojekten mit entsprechend großen Umweltauswirkungen die Verfahren mitunter sehr lange dauern. Doch um die Verfahrensdauer zu verkürzen gibt es bessere

Wege, zum Beispiel mehr Personal und Sachverständige bei den Behörden. Oder, wie die AK Wien vorschlägt, durch einen bundesweiten Entwicklungsplan für Verkehr und Infrastruktur.

Fazit

Es ist höchste Zeit für echte Klimaschutzmaßnahmen. Es braucht einen Ausbau an internationalen Zugverbindungen und wirklichen Schutz von landwirtschaftlichen Flächen. Politik und Wirtschaft müssen die Klimakrise und den Klimavertrag von Paris endlich ernst nehmen. Mit dem Staatsziel Wirtschaftswachstum, der dritten Piste und dem Standortentwicklungsgesetz wird jedoch das Gegenteil getan.

Magdalena Pitzer studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement und ist bei System Change not Climate Change und Attac aktiv.

Vereinsinterne Vorankündigung

Die nächste Vollversammlung der ÖBV wird am 31. März 2019 in Dorfgastein stattfinden und bei dieser wird es aufgrund der Turbulenzen bei unserer letzten Vollversammlung eine neue Wahl des Vorstands geben. In Rotholz hat sich sehr klar gezeigt, dass wir unsere Statuten und die Geschäftsordnung überarbeiten müssen. Zu diesem Zweck bildete sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus alten und

neuen Vorstandsmitgliedern, aktiven Mitgliedern sowie unseren Rechnungsprüfer*innen, die die Wahl vorbereitet und einen ersten Entwurf für neue Statuten erarbeitet. Dieser soll allen Mitgliedern bis Anfang 2019 zur Verfügung stehen, um euch die Möglichkeit zu geben, euch an diesem Prozess zu beteiligen. Bei der Vollversammlung wird dann über die Statuten abgestimmt.

FLEISCH UND MILCH: SYSTEM– STATT KLIMAWANDEL!

Fleisch ist zum Klimathema geworden, Fleischskandale beschäftigen die Öffentlichkeit. Jedoch: das zugrunde liegende globale, agroindustrielle Fleisch- und Milch-System wird dabei (zu) wenig diskutiert. Als Bäuerinnen und Bauern müssen wir die Unterschiede zu diesem System viel klarer aufzeigen. Dafür braucht es eine Debatte. Der sozialökologische Hufabdruck könnte dabei hilfreich sein.

VON FRANZISKUS FORSTER



Foto: www.grain.org

Fleischproduktion und -konsum sind richtiggehend explodiert: Heute wird weltweit fast doppelt so viel Fleisch pro Kopf gegessen wie noch vor 55 Jahren. Gleichzeitig bevölkern mehr als doppelt so viele Menschen wie damals die Erde. Ein Drittel der Ackerfläche weltweit wird für industrielle Monokulturen verwendet. Das globale Ernährungssystem ist für 29 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der Löwenanteil ist dem industriellen System zuzurechnen. Die Organisationen GRAIN und IATP haben errechnet, dass die fünf weltweit größten

Fleisch- und Milchkonzerne mittlerweile mehr Treibhausgas-Emissionen verursachen als die Ölkonzerne ExxonMobil, Shell oder BP. Ihre Schlussfolgerung: „Wir müssen dringend Lebensmittelsysteme schaffen, die gut für Bauern und Bäuerinnen, die Konsument*innen und den Planeten sind. Um das zu erreichen, müssen wir die Macht der großen Fleisch- und Milchkonglomerate brechen und wir müssen sie für ihren übergroßen Klima-

1 GRAIN & IATP: (2018): Emissions impossible. How big meat and dairy are heating up the planet. Seite 2

2 Ich verwende den Begriff „sozialökologischer Hufabdruck“, um darauf hinzuweisen, dass es soziale und ökolo-

gische Auswirkungen gibt.
ziehen.“¹ Das heißt: Wir müssen beim System ansetzen. Was aber ist das System?

Der sozialökologische Hufabdruck²
Die aktuelle Wachstumslogik baut auf der Annahme auf, dass es scheinbar unbegrenzt verfügbare billige Ressourcen, Arbeitskräfte und Deponien/Senken auf dieser Erde gibt, um den „Hunger“ dieser Industrie zu stillen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Deshalb spitzen sich Konflikte rund um das System Fleisch weltweit immer mehr zu. Mit dieser Industrie ist eine Lebensweise verbunden, die die Mehrheit der Menschen – vor allem im Globalen Süden – ausschließt und gleichzeitig leiden immer mehr Menschen unter den negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen. Darin drückt sich die globale soziale und ökologische Ungleichheit besonders deutlich aus. Einer der wichtigsten Diskussionsbeiträge der letzten Jahre wurde von dem Geografen Tony Weis unter dem Titel „Der ökologische Hufabdruck“³ veröffentlicht (siehe Kasten). Darin fordert er, ein Verständnis der Produktionsweise von Fleisch als System zu entwickeln – ebenso wie des Konsums, der häufig im „ökologischen Fußabdruck“ an einer Zahl festgemacht wird.

Wie funktioniert das Fleisch-System?

Die Fleischindustrie und industrielle Monokulturen sind zusammen eine zentrale Säule der kapitalisti-

gische Auswirkungen gibt.

³ Weis, Tony (2013): The Ecological Hoofprint. The Global Burden of Industrial Livestock. London/New York: Zed Books

schen, industriellen Landwirtschaft. Zugespißt beruht diese Säule auf drei Prinzipien: der *Konzentration*, der *Trennung* sowie der *Profitmaximierung*.

Um möglichst viele Tiere mästen und verarbeiten zu können, werden diese in möglichst hohen Zahlen konzentriert, gebündelt, gemästet und – gekoppelt an die Fleischindustrie – in Schlachtfabriken weiterverarbeitet. Es ist kein Zufall, dass die Geschichte des industriellen Fließbands auf die Fleischindustrie zurückgeht. Diese Produktionsweise übersteigt die Menge lokal verfügbarer Futtermittel bei weitem.

Die *Trennung* von Viehhaltung und Weidelandwirtschaft ist damit vorprogrammiert. Das bäuerliche Prinzip der Kreislaufwirtschaft, in dem das Futter von der Weide bzw. vom eigenen Acker kommt, Mist und Gülle für die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit des Bodens verwendet wird und die Produkte auf dem lokalen Markt verkauft und ländliche Ökonomien gestärkt werden, ist in der Agroindustrie weit überholt.

Diese Trennung bewirkt eine stetige Intensivierung (gleichzeitig eine Spezialisierung, eine erdölgetriebene Mechanisierung, sowie die kapitalistische Durchdringung) der Landwirtschaft. Damit waren historisch einzigartige Produktivitätssteigerungen möglich, das Ergebnis waren agroindustrielle Monokulturen – und der wachsende Bedarf an Landflächen in Großgrundbesitz (Landkonzentration), sowie die Entwaldung zur Schaffung neuer Monokulturen. Auch die dramatische Zunahme von Landraub in den letzten zehn Jahren wurde dadurch verschärft.

Ebenso spitzen sich über diese Prozesse die sozialen und ökologischen Probleme in der Landwirtschaft laufend zu. Hunger und Klimawandel sind dabei nur die deutlichsten Auswir-

kungen. Die Ernteüberschüsse hätten immer schon für die Ernährung der Hungernden verwendet werden können, doch kommt hier das dritte Prinzip und die Entdeckung einer agroindustriellen Synergie zum Tragen: Angesichts der Überproduktion ist es ist *profitabler*; Getreide und Ölsaaten (z. B. Soja) in Form von Futtermitteln den konzentrierten Standorten der Fleischproduktion (hochgradig ineffizient) zuzuführen und die potenziellen Nahrungsmittel als Futtermittel zu ver-

kaufen. – Futtermittel und Fleisch lassen sich profitabler verkaufen als die Produktion von Grundnahrungsmitteln für die Hungernden.⁴ So kann zugleich die Forderung der Agrarindustrie im Namen der Hungernden aufrechterhalten bleiben: Wir müssen die Produktion steigern, um die Welt zu ernähren! Zynischer geht es fast nicht.

Fortsetzung nächste Seite

⁴ Vor allem auch, weil dafür eine Landreform notwendig wäre.

Der ökologische Hufabdruck der industriellen Viehhaltung und Fleischindustrie (nach Weis, 2013)

LAND

- 1/3 des globalen Ackerlands sind Monokulturen
- Futtermittel als Ressourcenverschwendung
- Treiber für Zerstörung von Ökosystemen
- steigende Bodendegradation und wachsender Düngemittelbedarf
- mehr Pestizide, toxische (Agro-)Chemikalien
- trägt zur Ausbreitung von Gentechnik bei
- Gülle-Überschüsse: Lagunen und Schlamm
- Großmastanlagen als Landschaft

ATMOSPHERE

- wachsende Treibhausgas-Emissionen
- durch Ausweitung der Futtermittelproduktion
- fossile Brennstoffe für Produktion
- Transport der Tiere und des Futters über wachsende Distanzen
- mehr Methan-Emissionen
- mehr Transporte für Exporte in alle Welt
- mehr Energiebedarf bei Kühlung und Kochen
- sinkende CO₂-Speicherfähigkeit der Böden

WASSER

- wachsender Verbrauch, zB. Bewässerung der Monokulturen und Ressourcenverluste, an Orten der Massentierhaltung, Schlachthäuser
- Wasserverschmutzung durch Nährstoffeintrag und -anreicherung durch Düngemittel und Tierabfälle
- mehr Pestizide und toxische (Agro-)Chemikalien
- pharmazeutische Rückstände

ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

- ernährungsbedingte chronische Krankheiten und Risiken
- Ansammlung von bleibenden Giften
- sinkende Bodenfruchtbarkeit und Nährstoffgehalt
- Resistenzen
- Risiken der Gentechnik
- Viren und Bakterien

MENSCH-TIER-BEZIEHUNG

- explodierende Populationen und schnellere Umschlagszeiten
- genetische Veränderungen
- extreme Beraubung der Sinneswahrnehmung und Monotonie, chronischer Schmerz und Leid
- Körperverstümmelung als Routine
- aggressive Manipulation der Reproduktion
- Unsichtbarkeit der lebendigen Tiere und von deren Tötung

SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN

- fehlende Würde, schlechte Bezahlung
- psychologische Traumata
- Leichterfüllte Umwelt, Gewalt
- Töten in Hochgeschwindigkeit
- hohe Verletzungsraten, repetitiver Stress und Jobwechsel
- hochkonzentrierte Verschmutzung, Schwerarbeit

Den sozialökologischen Hufabdruck reduzieren

Um die Ursachen dieser Probleme anzugehen, muss dieses System überwunden werden. Obwohl die Probleme dieser Produktionsweise immer weiter zunehmen, werden die dominanten „Lösungen“ für die Zukunft der Welternährung weiter nur mit der fortgesetzten Industrialisierung und Weltmarktorientierung der Landwirtschaft beantwortet. Gangbare und zielführende Alternativen, die in der Lage sind, ein „Gutes Leben für alle“ zu ermöglichen, müssen jedoch die Symbiose der Monokulturen und der konzentrierten Fleischproduktion grundlegend infrage stellen und überwinden. Aus dieser Perspektive wird der ökologische Fußabdruck um soziale, ökologische und tierethische Belange bereichert und zugleich wird erst dadurch eine tatsächliche Reduktion dieses „Abdrucks“ möglich.

Fleisch ist nicht gleich Fleisch Milch ist nicht gleich Milch

Die berg- und kleinbäuerliche Landwirtschaft hat sehr gute Argumente, wenn es um die Suche nach Alternativen geht. Bereits jetzt leistet sie einen wichtigen Beitrag, das Klima zu kühlen und nachhaltige Wirtschaftsweisen (Stichwort Agrarökologie) zu befördern. Wenn es der Industrie weiterhin gelingt, uns alle in einen Topf zu werfen, dann haben wir schon verloren. Wir müssen unsere Leistungen in der öffentlichen Debatte stark machen, Allianzen bilden und gleichzeitig die Handels-, Agrar- und Klimapolitik verändern, die das vorherrschende System Fleisch und Milch derzeit stützt und ihre Folgen ausblendet.⁵

*Franziskus Forster
ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei
der ÖBV-Via Campesina Austria*

⁵ GRAIN & IATP (2017): Two ways to tackle livestock's contribution to the climate crisis.

kurz & bündig Teil I

franziskus

Ende Gelände: Den Hambacher Forst durch sofortigen Kohleausstieg retten

Seit vielen Jahren wird für den Erhalt des Hambacher Forsts (200 ha) gekämpft. Der Grund: RWE will die Kohle im Boden abbauen und will deshalb den Wald roden. Die Verteidigung des Forsts ist eine Sofortmaßnahme für Klimagerechtigkeit hier und weltweit. Alle wissen, dass die Kohle im Boden bleiben muss, um die Klimakrise nicht zu verschärfen. Aktivist*innen blockieren dieses Vorhaben seit Jahren. „Ende Gelände“ fordert einen dauerhaften Rodungsstopp.

Der besetzte Hambacher Forst wurde im September 2018 durch ein Riesenaufgebot der Polizei geräumt. Am 13. September hat Bernd Schmitz, Vorsitzender des Landesverband der AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) in Nordrhein-Westfalen, die Räumung scharf kritisiert: „Es ist nicht zu begreifen, was die Landesregierung heute im Hambacher Forst begonnen hat. Mit dem fadenscheinigen Argument des Brandschutzes lässt die Landesregierung Fakten schaffen – und setzt weiter auf den Klimadinosaurier Braunkohle. Und das in einem Jahr der Dürre, wo wir über Hilfen für Land- und Forstwirte reden müssen. Klimapolitische Unvernunft ist dafür noch ein harmloser Ausdruck – und wir Bauern müssen es in Zukunft büßen.“

Am 6. Oktober 2018 sind jedoch 10.000 Menschen der Einladung gefolgt und strömten von der angemeldeten Kundgebung bei Buir aus in den Hambacher Forst. Viele von ihnen hängen in roten Hängematten an den Bäumen und ziehen so eine symbolische Rote Linie gegen den Kohleabbau. Es entstehen auch wieder neue Baumhäuser und andere Besetzungs-Strukturen. „Wir hängen am Hambacher Forst“, sagt eine Aktivistin in einer roten Hängematte. „Aber es geht uns nicht nur um einen schützenswerten Wald, wir kämpfen für globale Klimagerechtigkeit. Wenn wir

nicht sofort aus der Kohle aussteigen, zerstören wir weiterhin die Lebensgrundlagen von Menschen weltweit.“ Die Ende Gelände Aktion fand nur zwei Tage vor der Veröffentlichung des neuen Berichts des Weltklimarates statt. In dem Bericht machen Expert*innen deutlich, dass schnelle und entschlossene Maßnahmen notwendig sind, um die Erderwärmung auf unter zwei Grad, möglichst eineinhalb Grad zu begrenzen. „Wenn wir die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels verhindern wollen, müssen wir aus der Kohle und aus allen fossilen Energien aussteigen – sofort. Dafür braucht es einen grundlegenden Wandel hin zu einer Wirtschaft, die nicht auf endlosem Wachstum und Naturzerstörung basiert. Eine solche gesellschaftliche Transformation wird von der Regierung nicht eingeleitet, darum werden wir selbst aktiv. Wir feiern heute gemeinsam, dass zivilgesellschaftlicher Protest konkret etwas verändern kann. Wir haben großen Respekt vor den Menschen, die seit vielen Jahren die Besetzung des Hambacher Forsts gehalten haben und allen, die mitgeholfen haben, dass der Hambacher Forst bleibt. Jetzt müssen wir weiter kämpfen, um den sofortigen Kohleausstieg durchzusetzen. Ende Gelände plant unterdessen bereits die nächste Aktion, um weitere Zerstörung durch RWE zu stoppen. Unser Protest heute ist der Anfang vom Ende für den Kohle-Konzern RWE. Am letzten Oktober-Wochenende werden wir mit tausenden Menschen wiederkommen und die Braunkohle-Infrastruktur rund um den Tagebau Hambach blockieren. Wir müssen die Kohle im Boden lassen, denn wir müssen nicht nur den Wald retten, sondern auch das Klima weltweit,“ so Karolina Drzewo von Ende Gelände.

Nähere Informationen unter:
www.ende-gelaende.org/

WAS MUTTERKÜHE, SCHAFEN UND ZIEGEN FÜR UNSER KLIMA LEISTEN KÖNNEN

Für Mutterkuhhalter*innen ist die Situation seit dem Wegfall der Mutterkuhprämie schwieriger geworden. Nur vom Verkauf der Kälber können die meisten Betriebe nicht leben und dennoch leisten gerade die kleinen und vielfältigen Betriebe mit Mutterkühen, Schafen und Ziegen einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz.

Eine friedlich grasende Kuh auf der Almwiese – das Sinnbild für die intakte bäuerliche Landwirtschaft in Österreich. Und tatsächlich passiert in diesem Bild ein schätzenswertes Wunder auf vielen Ebenen: Als Wiederkäuer ist es der Kuh, wie auch Schafen und Ziegen möglich, für uns Menschen unverdauliches Gras in hochwertige Milch und Fleisch zu verwandeln. Ohne Graser aber auch kein Gras. Die vielfältigen Wiesen, die auf Almen und anderen extensiv genutzten Flächen sprießen, brauchen die gierigen Mäuler der Tiere. Nur wenn sie regelmäßig, aber nicht zu oft, abgegrast oder gemäht werden, können sich die Gräser gegen Büsche und Bäume durchsetzen. Erst dadurch entsteht die facettenreiche Landschaft, die unserem Auge gefällt und für den Tourismus von großer Bedeutung ist. Mutterkühe, -ziegen und -schafe kommen mit den unterschiedlichen Futterqualitäten der extensiven Bewirtschaftung gut zurecht. Eine zeitlich gestaffelte Nutzung ohne großflächiges frühes Abmähen lässt ein kleinflächiges Nutzungsmosaik entstehen, das einen großen Artenreichtum fördert (Kräuter, Gräser, Vögel, Insekten, ...) und eine kontinuierliche Bienenweide ermöglicht.

Ein weiteres Wunder wächst mit diesem Gras selbst. Es ermöglicht, Humus im Boden aufzubauen und damit Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu speichern, auch an extremen Standorten. Damit trägt eine nachhaltige Nutzung des Grünlands zum Erhalt der biologischen Vielfalt wesentlich bei und kühlt gleichzeitig unseren Planeten. Die Kuh trägt auch zum Klimaschutz bei, da sie Gras statt Getreide, Mais und Soja aus Übersee frisst. Dieses Kraftfutter macht Wiederkäuer von genialen Grasfressern zu schlechten Futterverwertern, Konkurrenten zur menschlichen Ernährung und heizt das Klima weiter an. Gerade die Klimakrise ist eine unvorstellbare Katastrophe, die den Alpenraum besonders hart treffen wird.

Hinter jeder Kuh auf der Almwiese stehen jedoch immer Bäuer*innen, die von der Haltung der Tiere leben. Gerade die kleinbäuerlichen Betriebe, die auf diese Weise Landwirtschaft betreiben, sind finanziell unter Druck. Eine muttergebundene Tierhaltung, die extensive Flächen wie Almen nutzt, ihre Tiere mit Gras statt Kraftfutter füttert und damit das Klima und die Vielfalt schützt, ist ökonomisch nicht überlebensfähig. Viele Bauern und Bäuerinnen mit Mutterkühen und Schafen arbeiten daher im Nebenerwerb und leisten ohnehin einen Teil ihrer Arbeit ohne Bezahlung, um die kleinbäuerliche und klimaschonende Landwirtschaft zu erhalten. Dem Preisdruck

Die ÖBV fordert eine Grundprämie für klimagerechte muttergebundene Haltung von Kühen, Schafen und Ziegen.

VON CHRISTINE PICHLER-BRIX
UND JULIANNA FEHLINGER



Foto: Christine Pichler-Brix

durch die subventionsgestützte Massentierhaltung können diese Betriebe nicht standhalten.

Die ÖBV fordert daher eine Grundförderung für klimagerechte muttergebundene Haltung von Kühen, Schafen und Ziegen. Damit diese Förderung jenen Betrieben zugute kommt, die eine klimagerechte und vielfältige Landwirtschaft betreiben, diskutieren wir aktuell ein neues Positionspapier. Wer sich in die Arbeitsgruppe einbringen will ist herzlich eingeladen sich unter: office@viacampesina.at zu melden. Das Positionspapier wird nach der Fertigstellung auf unserer Website veröffentlicht.

*Christine Pichler-Brix
Mutterkuhhalterin in Steinbach am
Attersee und Julianna Fehlinger ist
Geschäftsleiterin der
ÖBV-Via Campesina Austria*

ERNEUERBARE ENERGIEN

Vom Einsatz der erneuerbaren Energien in der Landwirtschaft profitieren Umwelt, Klima, Bäuerinnen und Bauern

VON MICHAEL TORNER



Foto: Michael Torner

Die Dekarbonisierung des Energiesystems ist eine der vordringlichsten Aufgaben für die nächsten Jahrzehnte. Machen wir weiter wie bisher, so ist in Österreich das CO₂-Budget, das uns noch zur Verfügung steht um das 2°-Ziel zu erreichen, im Jahr 2035 ausgeschöpft. Daher ist ein rascher Umstieg von den fossilen – und atomaren – Energieträgern zu den Technologien der erneuerbaren Energien notwendig. Auch der Sektor Landwirtschaft bietet für erneuerbare Energien großes Potenzial.

Eine Vielzahl an Technologien

Das Energiesystem mit erneuerbaren Energien setzt sich – im Gegensatz zur fossilen und atomaren Erzeugungsstruktur – aus vielen kleinen Einzelanlagen zusammen.

Dies eröffnet eine aktive Teilhabe der Bürger*innen. Die Anlagengröße ist in einem weiten Bereich wählbar und kann den jeweiligen individuellen Verbrauchsbedürfnissen angepasst werden. Die Vielzahl an Technologien gewährleistet eine optimale Nutzung der örtlichen Energiequellen, von der Photovoltaik und Solarthermie über Biomasse- und Biogasanlagen bis hin zur Kleinwindkraft und Kleinstwasserkraft.

Photovoltaikanlagen zur Stromgewinnung nehmen in der Anwendungsdiskussion immer mehr Raum ein. Dies ist vor allem auf die enorme Kostenreduktion der Module zurückzuführen, durch die selbst erzeugter Solarstrom billiger ist als Strombezug vom Energieversorger. Daher sollte möglichst viel

Strom am Hof selbst verbraucht werden. So kann elektrischer Strom, zusätzlich zum Betrieb elektrischer Geräte, auch im Wärmebereich mittels Wärmepumpe oder Heizstab Beiträge zu Heizung und Warmwasser kosteneffizient bereitstellen. Die großen Dachflächen landwirtschaftlicher Höfe eignen sich hervorragend zur Installation größerer Leistung, sogar wenn sie von der Südausrichtung abweichen.

Wenn auch die Einsatzmöglichkeiten von Photovoltaik immer mehr zunehmen – elektrischer Strom lässt sich eben am universellsten einsetzen – so ist die Solarthermie aber keineswegs ein Auslaufmodell. Durch den – gegenüber Photovoltaik – höheren Flächenenergieertrag können im Wärmesektor während einstrahlungsärmerer Monate höhere Beiträge zur Warmwasserbereitung oder auch zur teil-solaren Raumheizung erzielt werden. Im Zusammenspiel mit einer Bauteilaktivierung, deren Einbau sich im Neubau oder im Zuge einer Generalsanierung anbietet, kann damit tagelang die Wärme gespeichert und in Folge – unabhängig von der Einstrahlung – kontinuierlich abgegeben werden.

Biomasse – der Dauerbrenner für Konflikte

Im Gegensatz zu Photovoltaik und Solarthermie wird das Thema feste Biomasse sehr kontroversiell geführt. Dass die Biomasse weiterhin eine wesentliche Rolle in der Wärmebereitstellung spielen wird – aus der Stromproduktion sollte sie eher herausgenommen werden – ist ja unbestritten. Eine nachhaltige bäuerliche Waldbewirtschaftung liefert

ein hochwertiges Produkt, die Reststoffe wie Äste, Rinde und jene aus der Holzverarbeitung bieten sich vorteilhaft zur energetischen Verwertung am Hof selbst oder in örtlichen Heizwerken an.

Einen Anschlag auf die kleinbäuerliche Struktur stellt jedoch folgendes Vorhaben im Regierungsprogramm 2017–2022, Abschnitt Landwirtschaft dar: Im Rahmen einer „multifunktionalen Landwirtschaft“ wird eine neue Rolle des Landwirtes skizziert: „Der Weg vom Landwirt zum Lebenswirt als Zukunftssicherer für die Gesellschaft ergibt sich auch aus der Öffnung neuer Marktfelder im Bereich der erneuerbaren Energie“ (Seite 158).

Wer wird denn nun von dieser Öffnung profitieren? Energiepflanzen in Kurzumtriebsplantagen erfordern großflächige Monokulturen, die Beschaffung spezieller Erntemaschinen und hohe Anfangsinvestitionen. Das alles können nur Großbetriebe mit industrieller Produktionsweise leisten.

Durch deren überproportionalen Einfluss auf die Politik besteht die Gefahr, dass ein erheblicher Anteil des Fördervolumens für nachhaltige kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion zur Energieproduktion der Großbetriebe abgezweigt wird.

Abgesehen davon, dass sich Bäuerinnen und Bauern mit dem Anbau von Energiepflanzen zusätzlich zur schon bestehenden finanziellen Abhängigkeit vom Lebensmittelmarkt in die Fänge des Energiemarktes begeben, ist der Anbau von Energiepflanzen vom Aspekt der Ernährungssouveränität her komplett abzulehnen. Durch das Wegfallen

von Flächen für die Nahrungsmittelproduktion würde der Selbstversorgungsgrad in Österreich weiter abnehmen und zusätzliche Anteile der Nahrungsmittelproduktion würden – mit all den bekannten negativen Folgen für die Klimakrise – in den globalen Süden verlagert werden.

Es geht wieder einmal ums Geld

Die Installation erneuerbarer Energieträger erfordert hohe Anfangsinvestitionen, die Anlagen amortisieren sich erst nach Jahren. Dadurch baut sich besonders im kleinbäuerlichen Umfeld, dessen finanzieller Rahmen äußerst begrenzt ist, eine hohe Hürde auf. Für den – durch das begrenzte CO₂-Budget – notwendigen raschen Ausbau sind daher Förderungen und Subventionen dringend nötig, vor allem solange die fünf mal so hohen indirekten und direkten Subventionen für fossile, klimaschädliche Maßnahmen nicht abgeschafft werden. Im Lauf der letzten Jahre wurden zwar speziell auf die Landwirtschaft zugeschnittene Förderungen angeboten. Im Gegensatz dazu hat die schwarzblaue Regierung im Regierungsprogramm eine Reduktion der Ausgaben für Umwelt und Energie um 17% bis 2022 festgeschrieben und setzt – wie auch in der im Mai 2018 beschlossenen Klima- und Energiestrategie – vielmehr auf Ak-

MISSGLÜCKERTER START DER
KAMPAGNE FÜR EIN UMDENKEN
IN DER ENERGIEPOLITIK



tivierung von Privatkapital in Form von „Austrian Green Bonds“.

Eine Gesamtstrategie führt zum Ziel

Andererseits sind aber auch die Interessen jener Teile der Bevölkerung zu berücksichtigen, die diese Förderungen – sei es über den Ökostromzuschlag oder öffentliche Steuergelder – mitfinanzieren, ohne dass sie davon direkt profitieren, etwa in der Form – nach der Amortisationszeit – niedrigerer Stromkosten von der eigenen Photovoltaikanlage.

Diese Überlegung führt uns vor Augen, dass der Umbau des Energiesystems keine Ansammlung von Einzelmaßnahmen sein darf, sondern einer Gesamtstrategie bedarf. Wie könnte so ein Gesamtkonzept aussehen? KlimAttac skizziert im Positionspapier „Energiedemokratie“ ein gesellschaftspolitisches Konzept für die Energiewende und definiert die Erneuerbaren Energien als Werkzeuge für eine sozial-ökologische Transformation hin zu einem guten Leben für alle.

*Michael Törner
Lektor an der FH Technikum Wien
und in der Gruppe KlimAttac aktiv*

Historisch: UN-Menschenrechtsrat will Kleinbäuer*innen besser gegen Agrarkonzerne schützen

Der UN-Menschenrechtsrat hat am 28. September 2018 eine UN-Erklärung für die „Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ verabschiedet. Dies ist ein historischer Schritt zur Bekämpfung des weltweiten Hungers und gegen die Diskriminierung von Kleinbäuerinnen und -bauern weltweit. Die EU-Staaten haben sich jedoch der Stimme enthalten. Die UN-Erklärung mit 28 Artikeln bündelt eine Vielzahl von Rechten: das Recht auf Land und andere natürliche Ressourcen; auf Saatgut und Biodiversität; auf Souveränität bei Entscheidungen über ihre wirtschaftlichen Ziele und Ernährungsweisen; auf Leben, Freiheit, Unversehrtheit, Arbeit und vieles mehr. Sie muss nun noch im November 2018 von der UN-Generalversammlung in New York angenommen werden.

Hintergrund der UN-Erklärung sind die weltweit zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen der ländlichen Bevölkerung. Unter Leitung von Bolivien diskutierten Vertreter*innen von Regierungen, Expert*innen, die Rechtsträger*innen selbst sowie Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen seit 2012 die 28 Artikel und die Präambel der Erklärung. La Via Campesina und FIAN setzen sich seit 17 Jahren für diese UN-Erklärung ein.

Nähere Infos unter www.viacampesina.at

Erneuter Angriff auf die Bundesanstalt für Bergbauernfragen: Es droht ein schwerer Rückschlag für die Anliegen von Bergbäuer*innen

Ministerin Köstinger hat am 12. September eine Gesetzesänderung in Begutachtung gegeben, die die Eingliederung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen (BABF) in die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft (AWI) vorsieht. Die Bundesanstalt für Bergbauernfragen würde dadurch ihre Eigenständigkeit verlieren. Es besteht die Gefahr, dass diese Eingliederung Schritt für Schritt in eine Abwertung, Beschneidung oder gar eine schrittweise Abschaf-

fung mündet. Die ÖBV spricht sich gegen diese Maßnahme aus und fordert die Rücknahme dieses Entwurfs. Stattdessen braucht es endlich ein klares Bekenntnis zu dieser wichtigen Forschungsarbeit und zu kritischer Wissenschaft. Die BABF ist eine international renommierte Forschungseinrichtung. Seit Jahren ist diese Institution verschiedensten Versuchen ausgesetzt, um sie auszulagern, abzuschaffen oder einzuschränken. Mit der aktuellen Maßnahme setzt Köstinger diese Tradition fort. In den letzten Jahren häuften sich zudem öffentliche Sprechverbote. Message Control hat in der Wissenschaft nichts verloren!

Forschung zu den Anliegen und der Lage der Bergbauern und -bäuerinnen ist aus Sicht der ÖBV gerade heute von zentraler Bedeutung. Es ist völlig unverständlich, warum das Bergland Österreich keine eigenständige Bundesanstalt für Bergbauernfragen haben soll. Es besteht die Gefahr, dass wichtige Anliegen der Berglandwirtschaft in Zukunft nicht mehr ausreichend wissenschaftlich behandelt werden. Dies muss unbedingt verhindert werden.

Wir fordern von Ministerin Köstinger die Rücknahme dieses Gesetzesentwurfs. Stattdessen fordern wir eine Absicherung und einen Ausbau dieser Forschung. Dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen notwendig. Darüber hinaus rufen wir auch andere Organisationen dazu auf, sich zu solidarisieren!

Nähere Infos unter www.viacampesina.at
Anmerkung: Die Begutachtungsfrist endete nach Redaktionsschluss am 12. Oktober, Ausgang also ungewiss.

ÖBV unterstützt „Stay Grounded“

Das Flugzeug ist das klimaschädlichste Transportmittel überhaupt. Weltweit sind aktuell rund 1200 Flughafeninfrastrukturprojekte geplant. Der notwendige Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen wird torpediert, die Verzahnung mit dem militärisch-industriellen Komplex ist eng, und der Einfluss der Flugindustrie auf Handels-, Entwicklungs- und Klimapolitik verfestigt sich zunehmend. Der Luftverkehr ist und bleibt abhängig von fossilen

Brennstoffen, doch die Industrie setzt auf technologische Scheinlösungen. „Offsetting“ und Agrartreibstoffe sind nicht geeignet, die Emissionen zu reduzieren sondern sie verlagern die Probleme lediglich, und gefährden darüber hinaus die Nahrungsmittelversorgung, Biodiversität und Menschenrechte. Deshalb hat die ÖBV das Positionspapier „Stay Grounded – 13 Schritte für ein gerechtes Transportsystem und eine Verringerung des Flugverkehrs“ unterzeichnet.

Siehe: www.viacampesina.at/flugverkehr

Alarmierende Studie: Verschärfung von Konzernmacht durch die Digitalisierung der Landwirtschaft

Große Konzerne bestimmen die Regeln in der digitalisierten Landwirtschaft und bäuerliche Landwirtschaft gerät zunehmend unter Druck: Das ist die Kernaussage der Studie „Blocking the chain – Konzernmacht und Big-Data-Plattformen im globalen Ernährungssystem“. Die Studie zeigt in alarmierender Weise, wie das massenhafte Sammeln landwirtschaftlicher Daten in neuen Big-Data-Plattformen mündet, auf denen Boden- und Wetterdaten und Informationen über Verbraucher*innen zentral gespeichert und ausgewertet werden. Vor allem Agrarkonzerne wie Bayer oder AGCO und Internetkonzerne wie Google oder Amazon dominieren diese Plattformen und profitieren von ihnen. Die Herausgeber der Studie (ETC Group, GLOCON, INKOTA-netzwerk und die Rosa-Luxemburg-Stiftung) fordern darum eine strenge Regulierung der Digitalisierung in der Landwirtschaft.

Pat Mooney, Träger des Alternativen Nobelpreises und Autor der Studie, argumentiert: „Mit der Digitalisierung steht eine Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungsbereichs an. An wichtigen Knotenpunkten der Agrarlieferkette für landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Saatgut, Pestizide und Landmaschinen sowie im Bereich der Lebensmittelverarbeitung bestimmen künftig wenige Konzerne, welche Lebensmittel angebaut werden und was Roboter brauen oder backen.“

Nähere Infos und Studie unter: www.rosalux.de/publikation/id/39376/

KONSEQUENTER NUTZTIERSCHUTZ – DA GEHT NOCH WAS!?

Schon bei der Anmeldung eine kleine Bemerkung: „Super, dass sich ein Biobauer anmeldet!“ Bei der Tagung in Wien sah ich dann die Teilnehmer*innenliste und ich war überrascht. Von den rund 200 Tagungsteilnehmer*innen waren viele aus Landesbehörden, Landwirtschaftskammern, Ministerien, auch von den Firmen Hofer und Rewe, sowie Tier- und Amtstierärzt*innen vertreten. Natürlich auch viele Studierende von der BOKU und ganze fünf Bauern. Also eine geringe Beteiligung von Nutztierhalter*innen, aber eine interessante Mischung für Diskussionen.

Ich möchte hier kurz ein paar Vorträge vorstellen, die für mich besonders interessant waren. Frau Dr. Silvia Ivemeyer von der Universität Kassel referierte zum Thema „Bitte zähme mich? – Mensch-Tier-Beziehung und Eutergesundheit“. In ihrer Projektarbeit mit Betrieben mit 29 bis 560 Kühen wollte sie feststellen, inwieweit sich die Mensch-Tier-Beziehung auf die Gesundheit der Tiere auswirkt. Und in weiterer Folge auch die Selbstheilungschancen bei Euterentzündungen. Gleich vorweg: Es geht, eine gute Beziehung wirkt sich positiv auf die Gesundheit aus. Damit kommen auch weniger oder keine Antibiotika zum Einsatz, was wieder geringere Kosten und weniger Stress für Tiere und Menschen bedeutet. Negativ für die Tiergesundheit sind überbelegte Ställe, intensive Fütterung, Stress bei der Stallarbeit, schlechter Tierkontakt durch Automatisierung und unregelmäßige Mahlzeiten. – Meine Frage bei der Diskussion war, ob die Betriebsgröße einen Unterschied macht? Antwort: Auf den Betrieben, wo das Management passt und kein ständiger Mitarbeiter*innen-Wechsel ist, und die oben genannten Punkte eingehalten werden,

Als ich von der Freiland-Tagung unter diesem Titel erfuhr, dachte ich mir „interessantes Thema, da muss ich mir Zeit nehmen“. Ein Bericht von der 25. Freiland-Tagung an der Boku.

VON HANS KRIECHBAUM

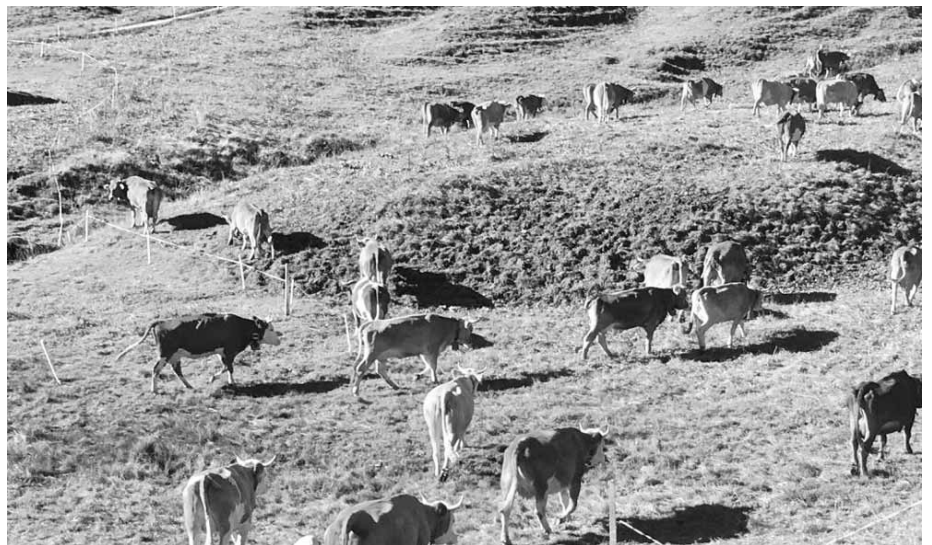


Foto: ÖBV

gibt es eher keinen Unterschied. Aber aufgefallen ist schon, dass auf wachsenden Betrieben mehr Probleme auftraten. Das lag meist an Fehlern beim Management und an Problemen durch die Automatisierung. Besonders häufig auf den Betrieben, die „immer mehr wollen“! Generell kann man sagen, dass bei einer hohen Herdenzellzahl¹ auf den Betrieben meist das Management nicht funktioniert. Die Folgen sind dann höhere Tierarztkosten, die Milch muss separiert werden und fehlt beim Milchgeld, und auch der meist frühe Abgang der Tiere verursacht Kosten.

Ein weiterer Vortrag war zum Thema: „Von der Nase bis zum Schwanz. Genuss mit Hirn & Herz“ von Frau Dr. Tanja Kürzer von kagfreiland St. Gallen. Ihr Thema ist: Wenn schon

Tiere gehalten werden, dann sollte auch alles verarbeitet oder verkocht werden.

Einen dritten Vortrag möchte ich noch ansprechen, der für mehr Diskussionsstoff sorgte: „Komm süßer Tod. Praktische Erfahrungen mit dem mobilen Schlachthof“ von Benno Feldkircher-Gelehrter, Metzger aus Hard in Vorarlberg. Kurz zusammengefasst: In der EU sind mobile Schlachtsysteme generell erlaubt. In Österreich wurden bisher jedoch Zulassungen verweigert². Deshalb bietet Benno Feldkircher derzeit seine Metzger-Dienstleistung nur für Fleisch für den Eigenbedarf der Tierhalter*innen an. Doch die OÖ-Landesregierung hat nun endlich im Sommer 2018 ein Pilotprojekt für „Mobile Schlachthanlagen“ ausgerufen ...³

¹ Durchschnittliche Zellzahl pro Herde.

² Zum Beispiel wurde auch die Zulassung für die „Mobile Schlachtkabine“ von Uria, die in Deutschland bereits im Einsatz ist (und zwar nicht auf Basis einer nationalen Ausnahmeregelung sondern direkt

auf Basis der EU-Hygieneverordnung), in Österreich verweigert.

³ Die Anforderungen an Bewerber*innen sind dabei jedoch auf größere Schlachtbetriebe ausgerichtet und für Kleinbauer*innen schwer erfüllbar.

STOPP FÜR ERWEITERTE SELBSTVERSORGUNG MIT FLEISCH

In den Pausen bot sich die Tagung sehr gut zum Vernetzen und Standpunkte austauschen an. So ergaben sich zum Beispiel interessante Gespräche zum Thema stressfreie Schlachtung.

Fazit: Die Tagung war interessant und hat gezeigt, dass ethische Fragen rund um die Nutztierhaltung wichtig sind. – Und dass es wichtig ist, dass Bauern und Bäuerinnen hier mitreden (können). Das zeigen viele aktuelle Anlässfälle.

*Hans Kriechbaum
Biomilchbauer in Pfaffing (OÖ) und
Obmann der ÖBV*

Die ÖBV-Arbeitsgruppe „Stressfreie Schlachtung im gewohnten Lebensumfeld“

Bäuerinnen und Bauern in der ÖBV arbeiten seit dem Jahr 2013 zum Thema „Stressfreie Schlachtung im gewohnten Lebensumfeld“. Gemeinsam mit Bio Austria, Erde & Saat, Demeterbund, Freilandverband und ARGE Hochlandrind haben wir ein Konzept für die „Stressfreie Schlachtung“ erarbeitet. Die „Stressfreie Schlachtung“ soll für kleine Höfe und Direktvermarkter*innen mit dem kleinstmöglichen technischen Aufwand, kostengünstig und auf ihre Betriebssituation angepasst genehmigbar sein.

Wir recherchieren, organisieren Seminare zum Thema, lobbyieren bei Behörden und Politiker*innen, vernetzen uns und betreiben Öffentlichkeitsarbeit. Setz dich auch du mit uns ein!

Weitere Infos:

www.viacampesina.at/inhalte/stressfreie-schlachtung

Ministerin Hartinger-Klein verbietet per Erlass den Verkauf von Lebendtieren „an den Endverbraucher zur sofortigen Schlachtung“, wenn diese am Hof des Bauern geschlachtet werden. Sie unterbindet damit eine bewährte Form der regionalen Direktversorgung mit Fleisch.

Kleinbäuer*innen empfinden dies als Schikane. Verwirrung herrscht darüber, ob auch ein generelles Verkaufsverbot an Menschen ohne landwirtschaftliche Betriebsnummer besteht.

VON FLORIAN WALTER UND MONIKA THUSWALD



Tier-HALTEVERBOT für nicht registrierte Tierhalter*innen

Foto: Florian Walter

Bisher konnten Tierhalter*innen Kleintiergattungen direkt und unbürokratisch „lebend an den Endverbraucher zur sofortigen Schlachtung“ verkaufen und als Serviceleistung für die Kund*innen am Tierhaltungsbetrieb schlachten. Laut Erlass des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz vom 19. Juli 2018 unterliegen nun auch Schafe, Ziegen, Schweine, Geflügel, Hasen, Kaninchen und Farmwild der Schlacht- und Fleischbeschaupflicht durch einen Tierarzt. Auch dann, wenn die Käufer*innen sich mit dem Fleisch nur selbst versorgen wollen. Diese Tiere müssen jetzt

auch den Weg in einen Schlachthof antreten.

Was die Ministerin als „Missbrauch einer Ausnahmeregelung“ bezeichnet und mit Tierschutzgründen rechtfertigt, war de facto eine bewährte Praxis der regionalen Versorgung mit hochwertigem Fleisch, die Bäuer*innen wie Konsument*innen und auch den Tieren zugutekam: Denn Konsument*innen konnten Tiere für den Eigenkonsum zu moderaten Preisen direkt von Bäuerinnen und Bauern erwerben. Dadurch ersparten sie sich die Gebühren für die tierärztliche Beschau, welche vor allem für in den Handel gebrachtes Fleisch sinnvoll ist. Und sie konnten

das Fleisch außerdem nach eigenen Vorstellungen selbst aufarbeiten und veredeln. Den Tieren kam zugute, dass diese nicht lebend transportiert werden mussten, sondern vor Ort, am Haltungsbetrieb geschlachtet wurden.

Islamfeindliche Anlassgesetzgebung?!

Anlass für diese Gesetzesänderung waren nicht etwa auftretende Hygieneprobleme oder gravierende Tierschutzmängel, sondern die von Teilen der Bundesregierung selbst losgetretene Kampagne gegen religiöse Minderheiten. So kann es auch kein Zufall sein, dass dieser Erlass mit 15. August 2018, also kurz vor dem „bairam“-Fest in Kraft trat. In der Medienberichterstattung drehte sich alles um einzelne Großbetriebe, welche diese Ausnahmeregelung ausgenutzt hatten. Weniger wurde über die vielen kleinen Höfe berichtet, die nur einige Tiere pro Jahr auf diesem Weg direktvermarkten. Sie sind jetzt gezwungen, ans Aufhören zu denken, da die Beschaugebühren für einzelne Kleintiere unverhältnismäßig hoch sind und außerdem höhere Sozialversicherungsabgaben die Rentabilität in Frage stellen.

Zusätzliche Verwirrung bescherete eine Aussendung des steirischen Landesveterinärs Dr. Fötschl. Per Rundschreiben forderte er alle Betriebe auf, nur mehr an „zugelassene Tierhalter“ zu verkaufen. Wie Landwirte, die ja bekanntlich über keine Polizeifunktion verfügen, herausfinden sollen ob ein angegebener Name oder eine angeführte Betriebsnummer den Tatsachen entspricht, verriet er dabei nicht. Außerdem stehen die gesetzlichen



Foto: Günter Naynar

Definitionen darüber was überhaupt unter einem „Tierhalter“ zu verstehen sei, in Widerspruch zu einander.¹ Klarheit und Rechtssicherheit für Bäuer*innen wäre also ein Gebot der Stunde!

Wir sehen dies als bedenklichen Fall von propagandistisch verwerteter Anlassgesetzgebung. Ausgetragen wird diese Islamophobie auf dem Rücken von Bäuer*innen auf kleinen Höfen, die mühsam ihr Einkommen erwirtschaften und die versuchen, gut mit ihren Tieren umzugehen. Den Kürzeren ziehen ebenso bewusste Konsument*innen, die sich regional und selbstbestimmt mit Fleisch versorgen wollen. Der Erlass von Bundesministerin Hartinger-Klein trägt nicht – wie von ihr vorgeschoben – zur Vermeidung von Tierleid bei, sondern unterbindet regionale Direktvermarktung- und Selbstversorgung. Ernährungssouveränität sieht anders aus!

Die ÖBV-Arbeitsgruppe „Stressfreie Schlachtung“ setzt sich seit Jahren dafür ein, dass Tiere dort geschlachtet werden dürfen, wo sie

auch gelebt haben, sodass sie nicht vor der Schlachtung lebendig transportiert werden müssen. Die Legalisierung ebendieser wäre tatsächlich ein Schritt in Richtung Vermeidung von Tierleid. Die ÖBV steht weiters für die vielen Kleinbäuer*innen, die gute aber dennoch leistbare Lebensmittel erzeugen und mit den Endverbraucher*innen eine direkte Beziehung haben wollen. Ernährungssouveränität bedeutet gutes und leistbares Essen für alle – hier, jetzt und anderswo!

*Florian Walter
(hat die Verfügungsgewalt über
ein paar Schafe, Rinder und
Hendl in Pöls)
und Monika Thuswald sind
Mitglieder der
ÖBV-Arbeitsgruppe für
„Stressfreie Schlachtung“*

¹ Tierschutzgesetz: Verantwortung für das Tier; Hartinger-Erlass: Verfügungsgewalt über das Tier, Tierhalte-VO: Person mit Betriebsnummer

VISIONEN BRAUCHT DAS LAND!

Ich bin Bäuerin, Bäuerin aus Leidenschaft zu nachhaltiger Landwirtschaft. Unser Hof liegt in Norddeutschland, im Aller-Urstromtal, wo wir auf sandigen Böden ackern und unsere Kühe auf blühenden, artenreichen Weiden leben. Ich liebe die Arbeit inmitten einer Kulturlandschaft, die bäuerliche Landwirtschaft jahrhundertlang geprägt hat. Das ist meine Vision.¹

VON ELISABETH FRESEN



Foto: Elisabeth Fresen

Nach meinem Studium werde ich diesen Hof im nächsten Sommer von meinem Vater übernehmen und kann es nicht abwarten, meine Vision einer zukünftigen Landwirtschaft zu verwirklichen:

Ich möchte unsere Kühe weiterhin das ganze Jahr auf der Weide halten und aktiv Naturschutz betreiben. Unsere Kühe sind keine Nahrungsmittelkonkurrentinnen, sondern sogar Klimaschützerinnen, da auf den Weiden viel CO₂ in Humus gespeichert wird.

Ich möchte mir eine Vermarktung für das hochwertige Rindfleisch aufbauen, damit ich von meiner Arbeit gut leben kann. Denn der normale Markt vergütet nicht meine Arbeit für

¹ Diese Rede hat Elisabeth Fresen am 23. Mai 2018 im EU-Parlament bei einer Tagung gehalten, die von der Europäischen Koordination La Via Campesina (ECVC) veranstaltet wurde, um ihre Forderungen für die GAP-Reform zu präsentieren. (Anmerkung der Redaktion)

sauberes Trinkwasser, für artgerechte Tierhaltung und für die extensive Bewirtschaftung unserer artenreichen Weiden. Auch die GAP entlohnt diese gesellschaftlichen Leistungen nicht.

Ich möchte auch Feierabend und Urlaub machen können, möchte Mitarbeitende und Auszubildende fair und angemessen bezahlen können. Ich möchte nicht täglich 14 Stunden arbeiten und am Monatsende die Rechnungen nicht bezahlen können.

Lebendige ländliche Räume

Ich möchte in einem lebendigen Dorf wohnen, in dem ich Berufskolleg*innen habe und viele junge Menschen wohnen. Junge Bäcker*innen, Metzger*innen, bäuerliche Erzeugungsgemeinschaften, Molkereien und Mühlen – gemeinsam können wir vitale ländliche Räume gestalten.

Lokale Wertschöpfungsketten sind resilient, nachhaltig und gehen vom Acker bis zum Teller.

In unserem Dorf gibt es momentan keine solche Infrastruktur. Aber es gibt noch Bauern und Bäuerinnen! Wir haben fünf Bauernhöfe in unserem Dorf, bei zweien ist die Nachfolge sicher. Aber was geschieht mit den anderen Höfen? In den letzten 15 Jahren ist der Anteil der Junglandwirt*innen in der EU um ein Drittel zurückgegangen.

Ich bin besorgt, dass der Einstieg in die Landwirtschaft so schwer ist und dass ich immer weniger Berufskolleg*innen habe, mit denen ich gemeinsam arbeite. Ich bin besorgt, dass wir weniger Bäuerinnen und Bauern sind, um uns im Dorf zu engagieren, um die Hecken und Feldraine zu pflegen, um uns auszuhelfen.

Fünf Bauernhöfe in einem Dorf sind einfach besser als ein einziger Hof auf fünf Dörfern!

Viele junge Menschen auf dem Land Bauernhöfe sterben, obwohl viele junge Menschen Gärtnerei und Landwirtschaft lernen. Meine Freunde und Freundinnen wollen Höfe gründen oder übernehmen. Sie sind gut ausgebildet und haben den Mut, in die Landwirtschaft einzusteigen.

Wenn ich Bäuerin werden möchte, brauche ich

1. einen Hof, den ich übernehmen kann oder Land, um einen neuen Betrieb zu gründen,
2. das nötige Startkapital, denn ein Arbeitsplatz in der Landwirtschaft ist teuer und
3. eine Agrarpolitik, die konsequent für Bauernhöfe arbeitet!

Zugang zu Land

Doch in Deutschland ist der Zugang zu Land für Neugründer*innen fast unmöglich. Und alte Bauern oder Bäuerinnen, geben ihre Höfe nicht in fremde/außerfamiliäre Hände, sondern müssen höchstbietend verpachten oder verkaufen. Aus Angst vor Altersarmut.

Höchstbietend pachten große, hektarstarke Betriebe, gefördert mit Direktzahlungen der GAP. Wachsen oder Weichen – Höfersterben – die Folge der GAP.

GAP fördert Junglandwirt*innen bisher nicht

Damit wir weiterhin vielfältige Bauernhöfe haben, brauchen wir dringend ein Programm, um den vielen jungen Menschen in Europa den Einstieg in die Landwirtschaft zu ermöglichen.

Die GAP ist das wichtigste agrarpolitische Instrument und bestimmt die Ausrichtung der europäischen Landwirtschaft. Junglandwirt*innen zu fördern, ist angeblich ein Ziel der GAP.

In Deutschland gingen 2016 aber weniger als 1% der Direktzahlungen in die Junglandwirte-Förderung! Das ist fast gar nichts! Das ist keine Ermutigung!

Reform der GAP

Der Junglandwirt*innenzuspruch ist nicht nur winzig, sondern auch an die Hektare geknüpft, die ich bewirtschaftete. Wer bereits viel hat, dem/der wird noch mehr gegeben. Wenn ich gar kein Land habe, bekomme ich auch gar kein Geld. Als Bemessungsgrundlage können also nicht die Hektare dienen, sondern der echte Bedarf sollte zugrunde gelegt werden. Wir können aus den Fehlern der jetzigen GAP lernen und Gelder endlich wirksam auszahlen. Gelder sind in Form von Startkapital, Gründungshilfe und für fachliche und zwischenmenschliche Beratung nötig. Junge Menschen mit dem zu unterstützen, was sie benötigen, wäre ein großer Schritt nach vorn.

Eine konsequente Junglandwirt*innenförderung muss ein entscheidender Baustein der GAP-Reform sein. Doch auch die GAP als Ganzes muss grundlegend reformiert werden, damit junge Menschen ihre Vision einer bäuerlichen, generationengerechten Landwirtschaft verwirklichen und ländliche Räume beleben können.

Das alte Ziel der GAP, ausreichend Lebensmittel zu produzieren wurde längst erreicht und sogar überreizt. Wir produzieren viel zu viel Nahrungsmittel und zerstören mit unseren Billigexporten lokale Märkte und bäuerliche Existenzen in Deutschland, in der gesamten EU und weltweit.

Jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger zahlt dafür täglich 30 Cent. Wir können uns die GAP also als riesiges Crowdfunding-Projekt vorstellen, das Potential hat, unsere Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Doch bisher geht die GAP in eine andere Richtung und arbeitet nicht im Sinne der Crowd, nicht im Sinne der Menschen in Europa.

Steuergelder für gesellschaftliche Leistungen

In Deutschland landen etwa 75% der GAP-Gelder in der ersten Säule und werden vor allem für Flächenbesitz ausgezahlt. Es ist egal was ich als Bäuerin darauf mache. Es ist gleichgültig wie sorgsam ich mit Boden, Wasser, Artenvielfalt, Klima und meiner Umgebung umgehe. Die Art der Tierhaltung wird überhaupt nicht beachtet.

Warum setzen wir die Steuergelder der EU-Bürger*innen nicht für die Erfüllung gesellschaftlicher Leistungen, für Tierwohl, Natur- und Klimaschutz, Trinkwasserqualität und für vitale ländliche Räume ein?

Das sei nicht möglich? Das sei zu kompliziert? Nein – es ist möglich, Steuergelder qualifiziert auszuzahlen.

- Bewirtschafte ich möglichst große Flächen oder erhalte ich mit kleineren Äckern und Wiesen auch entsprechend viele Randstrukturen und damit Artenvielfalt?



- Fahre ich eine enge Fruchtfolge mit zunehmenden Resistenzproblemen und entsprechend hohem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder ermögliche ich mit breiten Fruchtfolgen eine hohe Biodiversität?

- Setze ich ausschließlich auf synthetischen Dünger mit schlechter Klimabilanz oder baue ich auch Leguminosen an und hole damit Luftstickstoff auf natürliche Weise in den Boden?

- Bewirtschafte ich möglichst intensive Futterflächen oder erhalte ich artenreiches Dauergrünland?

All das können wir aus den Angaben in unseren Zahlungsanträgen heute schon herauslesen. Das heißt, Qualitätskriterien werden bereits erfasst. Die GAP muss diese im Sinne der Gesellschaft honorieren.

Mutige GAP-Reform

Wir sollten nicht im alten System verharren, sondern mutig nach vorne gehen! Damit Europas Landwirtschaft eine Zukunft hat, muss die GAP grundlegend reformiert werden. Sie ist ein wirkungsvolles Instrument, um unser Klima, die Natur, unser Trinkwasser und die Nutztiere zu schützen und um gemeinsam mit jungen Bäuerinnen und Bauern lebenswerte ländliche Räume zu gestalten!

*Elisabeth Fresen
Mitglied im AbL-Bundesvorstand
und Hofnachfolgerin auf einem
Mutterkuhbetrieb in Norddeutschland*

STEIGENDES EINKOMMEN IN DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Analyse des Grünen Berichts 2018

Der Grüne Bericht 2018 mit den Daten für das Jahr 2017 zeigt eine positive Einkommensentwicklung von durchschnittlich plus 14% je Betrieb. Nach Betriebskategorien ist das Ergebnis allerdings sehr unterschiedlich.

VON GERHARD HOVORKA



Foto: ÖBV

Nach einem Einkommensanstieg im Jahr 2016 war auch 2017 wieder ein Jahr mit positiver Einkommensentwicklung. Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich um 14% auf 31.133 Euro je Betrieb an (davon waren 8.372 Euro Sozialversicherung zu zahlen). Je betrieblicher Arbeitskraft nahm das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft um 13% auf 23.371 Euro zu. Der Einkommensanstieg kam vor allem durch höhere Erträge aus dem Milchverkauf und der Schweinehaltung, gestiegenen Erzeugerpreisen in der Rinderhaltung, verstärktem Holzeinschlag und der Zunahme der öffentlichen Gelder zustande. Niedrigere Erträge aus der Bodennutzung (Ackerbau) und höhere Aufwendungen für Abschreibungen, Futtermittel, Instandhaltung und Personalaufwand

größer als das verfügbare Haushaltseinkommen.

Nach Betriebsformen betrachtet konnten alle Betriebe, mit Ausnahme der Marktfruchtbetriebe, ein höheres Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft als im Vorjahr erwirtschaften. Am stärksten war der Anstieg wiederum bei den Veredelungsbetrieben (+36%) und diesmal auch bei den Futterbaubetrieben (+30%). Die Marktfruchtbetriebe hatten hingegen ein Einkommensminus von 16%. Der Einkommensrückstand der Grünlandbetriebe (Futterbau) gegenüber den Marktfruchtbetrieben (1.567 Euro Differenz je Betrieb) ist im Jahr 2017 stark gesunken. Bergbauernbetriebe hatten im Jahr 2017 im Durchschnitt einen höheren Einkommensanstieg (+20%) als die Nichtbergbauernbetriebe (+9%), allerdings ausgehend von einem niedrigeren Niveau. Bei den Bio-

wirkten sich hingegen negativ aus. Der Ertrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 9%, die Aufwendungen stiegen um 8%. Der Verschuldungsgrad der Betriebe betrug, wie schon in den letzten Jahren, 10%. Das Eigenkapital konnte im Durchschnitt um 7.394 Euro erhöht werden (d.h. das verfügbare Haushaltseinkommen war um diesen Betrag höher als der Privatverbrauch). Allerdings war bei 44% aller Betriebe im Grünen Bericht der Privatverbrauch

betrieben stieg das Einkommen unterdurchschnittlich um 6% an. Wie schon in den letzten Jahren hatten die Forstbetriebe das niedrigste Einkommen.

Nach Betriebsgrößen betrachtet waren die Einkommensunterschiede zwischen großen Betrieben (Einkommen von 69.547 Euro) und kleinen Betrieben (Einkommen von 9.917 Euro) mit einem Verhältnis von 7:1 auch im Jahr 2017 massiv. Der Einkommensanstieg betrug bei den großen Betrieben 19%, bei den kleinen Betrieben nur 5%.

Vergleich Haupterwerb und Nebenerwerb

Die Nebenerwerbsbetriebe erwirtschafteten 2017 im Durchschnitt mit 7.754 Euro je Betrieb (minus 1%) nur knapp 14% des landwirtschaftlichen Einkommens der Haupterwerbsbetriebe von 56.578 Euro (+9%). Je betrieblicher Arbeitskraft (bAK) beträgt die Differenz zwischen Haupt- und Nebenerwerb 26.454 Euro. Das verfügbare Haushaltseinkommen der Nebenerwerbsbetriebe betrug aufgrund der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit insgesamt 34.683 Euro und ist viel geringer als jenes der Haupterwerbsbetriebe. Bei den Nebenerwerbsbetrieben war 2017 der Verbrauch um 2.188 Euro höher als das verfügbare Haushaltseinkommen.

Unterschiedliche Einkommensentwicklung bei Bergbauernbetrieben

Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft stieg bei den Bergbauernbetrieben 2017 im Durchschnitt um 20% auf 25.912 Euro je Betrieb an. Dadurch hat sich die Einkommensschere der Bergbauernbetriebe gegenüber den Gunstlagen dieses Jahr verringert (Nichtbergbauernbetriebe: +9%). Der Rückstand beträgt 10.564 Euro bzw. 29% gegenüber den Nicht-

bergbauernbetrieben. Ohne Bergbauernförderung (Ausgleichszulage = AZ) wäre der Abstand zu den Gunstlagen viel größer. Bei Betrachtung des verfügbaren Haushaltseinkommens der Bergbauernbetriebe verringert sich der Rückstand auf 4.663 Euro je Betrieb. Während es für die Bergbauernbetriebe mit geringer Erschwernis ein deutliches Plus von 25% gab, stieg das Einkommen bei den Bergbauernbetrieben mit hoher Erschwernis nur mit 7% bzw. bei den Bergbauernbetrieben mit extremer Erschwernis sank das Einkommen sogar um 5%. Bei diesen Betrieben (Erschwernisgruppe 4) erreichte eine betriebliche Arbeitskraft (bAK) nur 42% des land- und forstwirtschaftlichen Einkommens der Nichtbergbauernbetriebe.

Biolandwirtschaft entwickelt sich positiv

Die geförderten Biobetriebe (+6%) und die Biofläche (+8%) haben auch 2017 zugenommen. Der Anteil der Biolandwirtschaft lag bei 21% an den Betrieben und 24% an den Flächen. Die größte Flächenzunahme entfiel auch 2017 auf die Bio-Obstanlagen (+ 20%). Die große Mehrheit der Biobetriebe (79%) sind auch Bergbauernbetriebe. Das land- und forstwirtschaftliche Einkommen der Biobetriebe betrug 30.736 Euro je Betrieb (plus 6%) und lag damit inklusive der Bioförderung um 1% unter dem Bundesdurchschnitt.

Agrarbudget nahm leicht zu

Im Jahr 2017 wurde mit 2,0 Mrd. Euro Budgetmittel um 3% mehr an EU-, Bundes- und Landesmitteln für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet als im Jahr davor. Die Zahlungen für das ÖPUL sind gestiegen (insbesondere bei Bio, Naturschutz und



Foto: ÖBV

Begrünung) sowie auch bei den Investitionen, Basisdienstleistungen, Leader und AZ. Die rein national finanzierten Maßnahmen gingen 2017 etwas zurück. Die Marktordnungsausgaben hatten einen Anteil von 36%, das Programm Ländliche Entwicklung von 50% und die zusätzlichen nationalen Fördermittel machten 14% aus. Der Anteil der öffentlichen Gelder am landwirtschaftlichen Einkommen betrug im Durchschnitt 61% bzw. waren es 16% am Ertrag. Dies zeigt die große Bedeutung des Agrarbudgets für die Land- und Forstwirtschaft.

Ungleiche Verteilung der öffentlichen Gelder

Im Maßnahmenjahr 2017 stiegen die flächenbezogenen Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe leicht auf 1,39 Milliarden Euro (Direktzahlungen 1. Säule, ÖPUL, AZ). Im Durchschnitt waren es 12.701 Euro je Betrieb. Diese Zahlungen sind sehr ungleich verteilt. Während 32% der Betriebe im unteren Förderbereich (bis 5.000 Euro) im Durchschnitt nur 2.391 Euro je Betrieb erhielten und einen Förderanteil von nur 6% hatten, lukrierten 1,7% der Betriebe im oberen Förderbereich (über 50.000 Euro) 11% aller Fördermittel und im Durchschnitt 79.907 Euro je Betrieb. In den Genuss von jeweils über 100.000 Euro

flächenbezogenen Direktzahlungen kamen 264 Betriebe, die zusammen 42 Mill. Euro (im Durchschnitt 161.784 Euro je Betrieb) erhielten. Weitere 288 Millionen Euro wurden für die übrigen Maßnahmen im Rahmen des Programms für die ländliche Entwicklung aufgewendet.

Fazit

Das Jahr 2017 war erfreulicherweise nun das zweite Jahr in Folge mit positiver Einkommensentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft (+14%). Die Bergbauernbetriebe mit geringer Erschwernis konnten ein überdurchschnittliches Plus verzeichnen, die Bergbauernbetriebe mit hoher Erschwernis hatten allerdings einen geringeren Anstieg, die extremen Bergbauernbetriebe mussten sogar einen Rückgang hinnehmen. Im Jahr 2017 wurden mehr Budgetmittel für das ÖPUL und auch für die AZ aufgewendet. Dies sind auch die zentralen Leistungsabteilungen für jene Betriebe, die den gesellschaftlichen Erwartungen an eine moderne, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft am besten entsprechen.

*Dr. Gerhard Hovorka
Mitarbeiter der Bundesanstalt
für Bergbauernfragen in Wien*

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN IM GÖRTSCHITZTAL?

In der Ausgabe 353 wurde über das Leben einer Bäuerin im Görtschitztal nach dem HCB-Skandal¹ berichtet. Im folgenden Artikel erzählt sie, wie sich die Lage weiterentwickelt hat und was auch Hoffnung gibt.

VON ISA PRIEBERNIG

Foto: Viktoria Brandstetter



Am 18. Juli 2018 erschien in der Kärntner Zeitung „Meine Woche“² ein Interview mit dem Brückler Bürgermeister Burkhard Trummer. Auf die Aussage des Journalisten, es hieß das Görtschitztal sei sauber, meinte Trummer: „Es hätte heißen müssen, das Tal ist sauber in Bezug auf HCB. Von sauber kann in Brückl immer noch keine Rede sein. Andere Stoffe wie Quecksilber sind immer noch rund um Brückl latent vorhanden.“ Der Bürgermeister spricht hier von einem 2.500 Einwohner Ort. In Brückl fließt die Görtschitz in die Gurk. Die Gurk fließt dann bei den Giftmülldeponien der Donau Chemie vorbei und transportiert HCB³, Quecksilber (Hg) und andere Stoffe Richtung Klagenfurt.

Alle privaten Brunnen entlang der Gurk sind gesperrt. Der Mensch darf

das Wasser nicht mehr nutzen. Die Wasserversorgung Ost (Brunnen Rain) von Klagenfurt musste im August 2014 wegen auffälliger HCB³-Werte gesperrt werden. Als Vorsichtsmaßnahme sollten die Fische der Gurk nicht verzehrt werden!

Der HCB-Giftmüllskandal, die Altlasten, der italienische Müll, der im Görtschitztal entsorgt wird, die wilden Asbest-Deponien, das alles passt so gar nicht mit der schönen Landschaft im Görtschitztal zusammen. Wenn einem die Augen geöffnet werden, ist der Alltag oft nicht einfach!

Ein neues Betätigungsfeld

2018 hat sich für mich ein neues Betätigungsfeld aufgetan. Das ÖKL⁴ bildete Bäuerinnen und Bauern zu Biodiversitätsvermittler/innen aus. Das Projekt heißt: Von Bäuerinnen zu Bäuerinnen, von Bauer zu Bauer.

Es werden im Gespräch mit den Bauersleuten die Besonderheiten, sogenannte Bausteine des Betriebes erarbeitet. Alte Obstgärten, Totholz, Feuchtbiotope, Steinmauern, von Aussterben bedrohte Haustierte, alles wird dokumentiert und fotografiert. Die Gespräche sind kostenlos, beinhalten eine Infomappe und ein hofeigenes Plakat. Beim Projekt geht der Bauer, die Bäuerin keine Verpflichtung ein, es gibt keine Auflagen, keine Kontrollen.

Jeder kann mitmachen, egal ob konventionell oder Biobetrieb.

Für mich ist dieses Projekt ein besonderes Geschenk, es macht mir möglich, die Vielfalt im Görtschitztal aufzuzeigen. Die Bergbauernhöfe zu

besuchen, die seit Generationen mit Fleiß und Ausdauer bewirtschaftet werden. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet gelebte Vielfalt. Vielfalt bedeutet gesunde Umwelt, gesunde Böden. Nur wenn wir unseren Kindern und Kindeskindern gesunde Böden weitergeben, können wir von nachhaltigem Wirtschaften sprechen.

Um ein Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft zu gewährleisten, müssen sich beide Seiten an Spielregeln halten.

Niemand darf so wirtschaften, dass Gesundheit oder Arbeit gefährdet wird.

Im Görtschitztal haben wir erlebt, was passiert wenn:

- Kontrollen versagen
- unüberlegt mit Giftmüll hantiert wird
- kein Umweltbewusstsein vorhanden ist
- sorglos Gift über eine ganze Region verteilt wird

Hier gilt es anzusetzen, hier haben wir Handlungsbedarf. Das Bewusstsein für Umweltschutz muss einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft bekommen. Die Arbeit der Bäuer*innen muss der Bevölkerung nähergebracht werden. Bauernhöfe sind nicht nur Wohn- und Arbeitsstätte, Höfe bieten einer Vielfalt von Pflanzen und Tieren Schutz und Heimat. Diesen Lebensraum für Mensch, Tier und Pflanzen ist es wert zu schützen!

*Isa Priebornig
Bio- und Bergbäuerin
aus dem Görtschitztal*

¹ Hinweis der Redaktion: Im DATUM, Ausgabe Juli/August 2018, ist eine sehr gute Reportage von Katharina Brunner über den HCB-Skandal im Görtschitztal unter dem Titel „Gras, das nicht über die Sache wächst“ erschienen. Siehe: <https://datum.at/gras-das-nicht-ueber-die-sache-waechst/>

² Meine Woche, Ausgabe St. Veit, Nr. 29, Seite 4, siehe https://www.meinbezirk.at/st-veit/c-politik/brueckl-keine-chance-auf-guenstiges-wohnen_a2758001

³ Hexachlorbutadien (HCB) ist eine toxische, bioakkumulierende organische Verbindung (...). Es

wird in der EU nicht mehr hergestellt (...). Es kann allerdings als Neben- oder Abfallprodukt bei einigen chemischen Produktions- und Verbrennungsprozessen (...) entstehen (...). Im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie als prioritär gefährlich eingestuft, da es auch im Grundwasser (z. B. in der Umgebung von Industrieanlagen) nachweisbar ist. (Wikipedia, Anm. d. Red.)

⁴ Österreichisches Kuratorium für Landtechnik und Landentwicklung (ÖKL)

UMS EGG: DAS COMEBEGG DES GREISSLERS

Drei Jahre lang hat sich mein solidarwirtschaftlicher Supermarkt prächtig entwickelt, und ich habe in der Zeit viel ausprobieren und dazulernen können.

Doch dann wurde am Ortsrand von Losenstein (1.600 Einwohner) eine große Filiale einer Supermarktkette gebaut. Mein Umsatz ist in der Folge um 15% zurückgegangen, und ich habe trotz viel Idealismus und 100-Stunden-Woche nichts mehr verdient. Ich musste meinen Supermarkt Ende April 2016 schließen und stand vor der Entscheidung, wie es nun weitergehen soll.

War es das mit dem Thema Nahversorgung?

Mir war klar, dass hier völlig neue Konzepte gebraucht werden. In vielen Orten zeigt sich das gleiche Bild: Ob Fleischer, Bäcker, Blumenhandlung oder Nahversorger – immer mehr müssen aufgeben. Die Konkurrenz der Filialketten an Ortsrändern und an Bundesstraßen scheint übermächtig zu sein. Kaufkraft wird aus der Region abgesaugt und nachhaltige Entwicklung durch die Versiegelung der wertvollen Böden verhindert. Gleichzeitig wächst die Leere in den Ortskernen.

Doch in Losenstein gab es Widerstand. Eine engagierte Gruppe von ehemaligen Kund*innen und Lieferant*innen hat sich 2016 zur „ARGE Nahversorgung“ zusammengeschlossen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten. Alleine hätte ich es nicht schaffen können. Die ARGE hat mir Mut gemacht.

Richtungswechsel: Schrumpfen statt Wachsen

Wie kann ein Geschäftsmodell aussehen, das mit deutlich weniger Umsatz auskommt und dabei alle Vorteile der Kleinheit und regionalen Verwurzelung geschickt ausnutzt? Was hat auch in der Konkurrenzsituation noch gut funktioniert, und was ist die gefragte Marktlücke? Wie kann man die Idee der solidarischen Landwirtschaft auf die Nahversorgung umlegen? Dabei habe ich recherchiert, welche alternativen Modelle und Ideen es schon gibt, und diese in einem genossenschaftlichen Nahversorgungskonzept zusammengeführt.

Die ARGE Nahversorgung hat dies aufgegriffen, und wir haben es gemeinsam zu einem modernen Konzept mit 24-Stunden/7-Tage-Einkaufsmöglichkeit für Genossenschaftsmitglieder weiterentwickelt.

Im Sommer 2017 haben wir eine umfangreiche Befragung in Losenstein durchgeführt. Der Rücklauf der Umfrage war enorm. Nachgefragt wurden vor allem regionale Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs sowie eine gute Auswahl an Bio-Waren. Läuft alles nach Plan, eröffnet das 1. Ennstaler Genossenschaftsgeschäft UMS EGG im Herbst.

Neben einem Sortiment, das zu 70% wieder aus der Region kommen soll, legen die Aktivist*innen der Dorfgenossenschaft großen Wert auf die Einsparung von Verpackungsmüll und ein nachhaltiges und sozialverantwortliches Handeln. So sind zum Beispiel soziale Dienste wie Krankenbesuche oder

Wir geben nicht auf! Ich habe 2011 in Losenstein (Oberösterreich) unseren letzten Nahversorger als Quereinsteiger übernommen, nachdem meine Vorgängerin keine Nachfolge gefunden hatte. Daraufhin habe ich mich entschlossen, das Thema Systemwandel praktisch und direkt anzugehen.

VON BERND FISCHER



Unterstützung beim Einkauf für Senior*innen geplant. Die allgemeinen Öffnungszeiten sind stark reduziert. Genossenschaftsmitglieder können mittels Zutrittssystem jederzeit einkaufen oder liefern.

Mit diesem ambitionierten Pilotprojekt soll ein Prototyp entwickelt werden, der auch in anderen Orten ein Comeback der Nahversorgung ermöglichen kann. Die Dorfgenossenschaft hofft nun auf Unterstützer*innen der Idee. Jede Fördermitgliedschaft stärkt die Initiative, jeder kleine Beitrag hilft dem Projekt und dem Systemwandel.

Bernd Fischer lebt in Losenstein (OÖ), Geschäftsführer der Dorfgenossenschaft, Gründer des Ennstaler Regionalgeldes und unverbesserlicher Weltverbesserer, Querdenker, Initiator, professioneller Tagträumer und Netzwerker.

Weitere Info: www.ums-egg.at
Zuerst erschienen in SOL-Magazin Nr. 173/ Herbst 2018,
www.nachhaltig.at

DER GUTE DISKURS UM DAS GUTE LEBEN

Die ÖBV will das gute Leben für alle, für Männer und Frauen, und hoffentlich für alle die irgendwo dazwischen oder jenseits dieser Kategorien ihr Leben leben wollen. Deswegen gehören nicht nur landwirtschaftliche, sondern auch gesellschaftspolitische Themen zur Orientierung in der Welt dazu. Ich freue mich sehr, dass auch solche wichtigen Themen in unserer Zeitung aufgegriffen werden.

VON NIKOLAUS BÖSCH-WEISS



Foto: Nikolaus Bösch-Weiss

In Ausgabe 350 schrieb Barbara Hable einen Text darüber, dass wir Menschen uns zu Menschen machen. Dass wir unsere Rollen gesellschaftlich schreiben und ausleben. Dass es nicht so einfach ist, mit natürlich weiblich und natürlich männlich. Es gibt viele Hinweise dafür, und sie machte sich die Mühe, einige davon zu zitieren.

Elisabeth Loibl schrieb in Ausgabe 352 eine Antwort darauf, die ich teilweise verstehe, insgesamt aber äußerst kritisch sehe, deswegen hier meine Kritik. Insgesamt geht es um die Frage von Natürlichkeit und Instinkten auf der einen Seite (Ökofeminismus – Loibl) und Kultur und Vernunft auf der anderen Seite (Moderner Feminismus – Hable).

Instinktiv bin ich skeptisch, wenn Instinkte zu sehr bemüht werden. Wir haben Instinkte, aber sie sind auch gefährlich. Instinktiv reagieren wir aggressiv auf gewisses Verhalten. Die Instinkte schreien oft genug nach Rache und Blut, wo die Kultur uns lehrt, zurückhaltender zu sein. Die Berufung auf Instinkte oder auf Natur war immer wieder auch der Vorwand dafür, das, was kulturell nicht ganz gepasst hat, zu verbieten oder auszuschließen. Ich bin daher vielleicht etwas vorsichtig, wenn die Zivilisation als Verfall des wahren Menschseins dargestellt wird.

Romantische Sehnsüchte

Ich verstehe romantische Sehnsüchte in einer Welt, die so

komplex und undurchschaubar erscheint. In ihr sind wir alle kleine Rädchen in Mechanismen die so unpersönlich wirken, so kalt, gefühlslos, herzlos. Alles ist so technisch, durchstrukturiert. In dieser Welt lernen wir abstraktes Denken, und es wird der Anspruch an uns gestellt, der kalten Vernunft zu folgen, statt den warmen (oder hitzigen) Gefühlen. Wir müssen lernen, unsere eigenen Gefühle in Frage zu stellen, um größere Zusammenhänge verstehen zu können. Was für eine schwere Lektion!

Ja, ich verstehe, dass das manchen zu weit geht, dass die Frage offen bleibt: Wenn die Welt von mir erwartet, eine Maschine zu werden, wo bleibt bitte sehr das Mensch sein? Für mich spricht Loibl diese Sehnsucht an, bringt sie in Opposition gegen Hable.

Gleichzeitig scheint sie dabei am Thema vorbei zu schießen: Hable schreibt zum Beispiel nirgends, dass es falsch sei, wenn Frauen sich naturverbunden fühlen. Nur sei es eben nicht falscher oder richtiger, als wenn Männer das täten. Frauen seien nicht von Natur aus naturverbundener. Es ginge darum, Politik so zu gestalten, dass Männer und Frauen sich aussuchen können, wie sehr sie sich der Natur, dem Garten, den Kindern, der Karriere oder der reinen abstrakten Mathematik zuwenden wollen. Das ist im Kern Hables Aussage, und auf die ist Loibl leider kaum eingegangen.

Ich bemühe mich, mich zurückzuhalten, um nicht polemisch zu werden, wenn ich lese, dass Loibl von „eigenartige[r] Schlussfolgerung“ spricht. Nur um es an diesem einen Punkt deutlich zu machen: Das Frauenwahlrecht wurde

Jahrhunderte lang verweigert, weil man(n) behauptete, Frauen wären zu sehr ihrer Natur, ihren Trieben, Instinkten, Emotionen ausgeliefert, um vernünftig denken zu können. Nur Männer waren fähig, so komplex und kulturell zu denken. Das ist die Erklärung für Hables Schlussfolgerung. Insofern ist Hables Argument nicht eigenartig. Eigenartig ist es nur, solange man die Hintergründe nicht kennt.

Gefährliche Instinkte – Hoffnung Kultur

Es hilft auch nicht, dass Loibl generell viele Eigenschaftsworte verwendet. Die wohlmeinende und sicher bemühte Loibl schreibt schwärmerisch: „Herzerwärmend meint der großväterlich wirkende Mann.“ Ich erinnere mich an den Bundespräsidentenwahlkampf, als Norbert Hofer gezielt versucht hat, seinen großväterlich wirkenden Gegner durch Assoziationen als dementen alten Zausel darzustellen. Das Spiel geht in beide Richtungen.

Eine solche Verwendung von Eigenschaftsworten dient dazu, Gefühle zu wecken, das Publikum für oder gegen eine Sache aufzubringen, ohne dass dabei wirklich Gründe genannt werden müssen.

Ich glaube insgesamt zu verstehen, was Loibl sagen will. Ich bin mit der Art nicht einverstanden, wie sie es sagt. Ich glaube nicht, dass Loibl ein böser Mensch ist, aber ich glaube, dass böse Menschen, die dieselbe Methode verwenden, es leicht hätten, das Publikum für ihre Zwecke zu bewegen – ich glaube, dass die Art, wie Loibl argumentiert hat, und die Sichtweise für die sie plädiert uns in der



Philosophisches Nachdenken ermöglicht eine Perspektive außerhalb unserer selbst einzunehmen

Sache nicht weiter bringen. Deswegen, auch wenn es nicht immer schön ist, wenn es sich nicht herzerwärmend anfühlt, glaube ich, dass wir um eine vernünftige Kritik und Begründung nicht herumkommen. Auch, wenn wir dadurch gezwungen werden, unsere Instinkte in Frage zu stellen.

Würde nicht der Instinkt sagen: „Auge um Auge, Zahn um Zahn? Schlag einem Dieb die Hand ab, nach dem zweiten Mal stiehlt er nie wieder? Wer einen Menschen tötet, soll getötet werden?“

Das gute Leben bedeutet für mich, solche Instinkte zu überwinden, das böse Tier in sich selbst zu stellen und zu zähmen. Immer wieder (aber zum Glück nicht dauernd) bin ich damit konfrontiert, dass Menschen die Todesstrafe befürworten, dass Menschen es falsch finden, zu weich mit anderen umzuspringen.

Wir haben noch ganz andere moralische Instinkte. Zum Beispiel werden wir instinktiv eher glauben, dass wir, unsere Familie und Freunde eher im Recht sind, als irgendwelche Fremden.

Das Problem bei der Sache ist folgendes: Das tun beide Seiten. Wie soll also nun entschieden werden, wer Recht hat, wenn man nur auf die Instinkte der Beteiligten hören will? Wenn wir keine vernünftige Lösung finden, entscheidet letztlich Macht, Gewalt, Krieg.

Obwohl ich Loibls Sehnsucht verstehen kann, glaube ich, dass die von ihr dargestellte Vision von der Natürlichkeit von Instinkt und Geschlechterrolle uns nicht zu einem guten Leben führt. Ich bin überzeugt, dass Kultur und Zivilisation nicht bloß eine Entfernung von unserem wahren liebevollen Wesen sind, sondern möglicherweise gerade seine Entdeckung.

Ich glaube, dass wir eine friedliche Zukunft nicht in unseren Instinkten finden werden, sondern in unserer Fähigkeit, sie zu zähmen, uns dienbar zu machen.

*Nikolaus Bösch-Weiss
bewirtschaftet einen Bauernhof in
der Südoststeiermark und beschäftigt
sich intensiv mit der Frage des guten
Lebens des Menschen in Natur
und Gesellschaft.*

Foto: ÖBV



DAMIT REGENWÜRMER HOCHZEIT FEIERN

Blind, taub und stumm – und trotzdem zählen sie zu den wertvollsten Mitarbeiter*innen. Sie sind auf allen Kontinenten anzutreffen, können bis zu fünfzehn Zentimeter lang und bis zu fünfzehn Jahre alt werden. Ihre Gänge graben sie bis zu zwei Meter tief in die Erde. Damit sorgen sie auch fürs Durchlüften des Bodens und das Aufnehmen des Regenwassers. Die Bodenfruchtbarkeit unserer Ökosysteme hängt wesentlich mit der Tätigkeit der Regenwürmer zusammen.

VON MONIKA GRUBER



Leo fragte mich „Hast du dort Regenwürmer?“ Ich hatte ihn beim Anlegen meines Hausgartens vor mehr als dreißig Jahren um Rat gebeten und wusste keine Antwort darauf. Frisch aus der Berufsschule für ländliche Hauswirtschaft kommend, hatte ich keinen blassen Schimmer davon, ob in diesem Erdreich, wo ich die Beete hingepflanzt hatte, irgendwelche Regenwürmer zu finden wären. Ja Steine, Steine gab es dort eine Menge. Kleine und größere. Darauf stieß ich mit der Grabgabel. Das kostete sogar einmal den äußeren Gabelzinken. Auf Regenwürmer hatte ich nicht geachtet beim Lockern der Grasfläche. Bei den nächsten Arbeiten schaute ich nach ihnen und stellte fest, da waren kaum

welche. Nur hie und da ringelte sich einer oder kroch neben einem Wurzelgeflecht hervor.

Jahrzehnte später schreiben wir September 2018 und ich schnipsle mit der Gartenschere die Reste von den abgeernteten Kürbispflanzen. Das welkende Grün breite ich locker zwischen Gemüsereihen oder bereits leeren Beeten auf. Ich füttere damit die Regenwürmer. Ich nenne sie sogar meine Erdfreunde, da sie für die feinkrümelige, humusreiche Erde sorgen, auf der unsere Nahrung gedeiht. Und für Freundinnen und Freunde tun wir doch alles, damit sie sich wohl fühlen bei uns und gerne zu Gast sind, oder?

Ich habe sie als Bodenlebewesen besonders ins Herz geschlossen, seit ich in diesem Sommer nachts um halb zwölf in den Garten geschlichen bin, um Schnecken zu sichten. Die Buschbohnen erschienen mir verdächtig angeknabbert, da wollte ich die Ursache erforschen. Als ich mit der Taschenlampe so vor mir her leuchtete, da huschte im Lichtschein etwas blitzschnell in die Erde hinein. Schnecken waren es bei diesem Tempo sicher nicht. Im Lichtschein erkannte ich: Regenwürmer. Aufgeschreckt durch die plötzliche Helligkeit verkrümelten

sie sich blitzschnell zurück ins sichere Erdreich. Nie hätte ich gedacht, welches Tempo diese zahnlosen Würmer dabei hinlegen! Aber manche der Regenwürmer blieben reglos liegen im Schein der Taschenlampe. Zu zweit? Eng umschlungen? Sie paaren sich! Nachts, wo sie sicher sind vor Sonnenlicht und Vogelfraß.

Während ich diese Zeilen schreibe, tagen im niederösterreichischen Schloss Hof die Agrarminister*innen. Jene Frauen und Männer, die gemeinsam das Dachgerüst zimmern, unter dem die künftige gemeinsame Agrar-, Handels- und Lebensmittelpolitik aufs Papier gebracht wird. Jene politisch Verantwortlichen, die den Boden bereiten, auf dem Bäuerinnen und Bauern in der kommenden GAP-Periode ackern und rackern werden – und von dem Lebensmittelkonzernriesen satte Gewinne einheimen. Minister*innen, die mit ihrer Denkhaltung und ihrem Abstimmungsverhalten dafür sorgen, wie viele kleine Höfe bis 20 ha überleben werden und wie viel Vielfalt von Arten und Ökosystemen – die Lebensgrundlage für Bienen, Schmetterlinge und Regenwürmer.

Damit die Leserinnen und Leser der ÖBV-Zeitung gut informiert mit beiden Beinen fest auf fruchtbarem Boden stehen, empfehle ich ihnen ein Abo der „Wege für eine bäuerliche Zukunft“, das ganz leicht zu bestellen ist:

baeuerliche.zukunft@chello.at

Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

Niederösterreich:

Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

Franziska Schrolmberger
Verderberstraße 4, 2070 Retz
franziska.schrolmberger@viacampesina.at

Michaela Reisenbauer
Königsegg 17, 2851 Krumbach
Tel: 0676-9712208 (abends anrufen)
bioreisenbaeuerin@krauteregg.at

Oberösterreich:

Hans und Hildegard Kriechbaum
Nindorf 7, 4870 Pfaffing
Tel: 0664-65 877 31
johann.kriechbaum@viacampesina.at

Johann Schauer
Au 3, 4723 Natternbach
Tel: 0676-7567504
johann.schauer@viacampesina.at

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel: 07282-7172
bio-hofer@ronet.at

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach/Attersee
Tel: 0664-73566685
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel: 07235-71277 o. 0664-23 49 137
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Kärnten:

Paul Ertl
Obersdorf 2, 9800 Spittal/Drau
Tel: 0664-3835613
paul.ertl@gmx.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

Vorarlberg:

Daniela Kohler
Schwarzen 41, 6960 Buch
Tel: 0664-73427001
daniela-kohler@aon.at

Stefan Schartlmüller
Negrellistraße 31
6830 Rankweil
mulorupop@gmail.com

Maria Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
maria_schneller@gmx.at

Steiermark:

Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

Salzburg:

Franz Rest
Bleiwangbauer, 5632 Dorfgastein
Tel: 06433-20315
bleiwangbauer@sbg.at

Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
Tel: 06474-8164
trimmingerhof@aon.at

Tirol:

Christoph Astner
Zillfeldweg 9, 6362 Kelchsau
Tel: 0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

Leonhard Aigner
Panoramastraße 40, 6265 Hart im Zillertal
Tel: 0676 840 66 82 10

Burgenland:

David Jelinek
Berggasse 26, 7302 Nikitsch
david.jelinek@viacampesina.at

Anne Engel
0680-504 71 51
anneke.engel@viacampesina.at

Homepage:
www.viacampesina.at



Werbt Abos ...

... und macht Bauern und Bäuerinnen zu kritischen Denker*innen!

Unsere Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ ist für uns als ÖBV wichtig, um unsere Themen unter Bauern und Bäuerinnen zu verbreiten. Hier diskutieren wir unsere Anliegen und informieren über aktuelle Entwicklungen in der Agrarpolitik. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Bauern und Bäuerinnen und kritische Konsument*innen unsere Zeitung lesen.

Darüber hinaus ist es für die ÖBV hilfreich, einen möglichst hohen Grad an Eigenmittel zu erreichen, um auch ökonomisch unabhängiger zu sein.

Wir bitten euch daher, die Zeitung in eurem Umfeld weitzureichen und neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.

Wir schicken euch gerne ein paar Exemplare zum Verteilen zu.



Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Mitgliedschaft

- Ich bin Landwirt*in und möchte Mitglied werden.
Beitragshöhe 38 Euro + 1/1000 des Einheitswertes
- Ich bin nicht in der Landwirtschaft tätig und möchte Mitglied werden.
Beitragshöhe 38 Euro + freie Spende

Zur Info: Bei einer Mitgliedschaft sind das Abo der Zeitung „Wege für eine Bäuerliche Zukunft“ und der Email-Newsletter (ca. 2-monatig), sowie Infos zu Veranstaltungen in Ihrer Region inkludiert.

Abonnement

- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift „Wege für eine Bäuerliche Zukunft“ (5 Ausgaben/Jahr) zum Preis von 28 Euro jährlich bzw. 32 Euro ins Ausland

- Ich möchte ein Geschenk-Abo für jemand anderen bestellen und bitte um Zusendung der Informationen dazu

Name:

Adresse:

Bauer/Bäuerin mit Betriebszweigen:

Andere Tätigkeiten/Berufe:

Telefon: Email:

Datum: Unterschrift:

Datenschutzerklärung: Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie zu, dass Ihre Daten zum Zweck der Zusendung der Zeitung „Wege für eine Bäuerliche Zukunft“ sowie weiteren Vereinsinformationen per Post und Email verwendet werden. Wenn Sie eine Emailadresse angegeben haben, erhalten Sie zudem Einladungen zu Veranstaltungen der ÖBV in Ihrem Bundesland, sowie den ÖBV-Newsletter. Die Daten werden zum Zweck der Aussendungen verarbeitet. Sie werden nicht an Dritte weitergegeben!

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien Tel.: 01 89 29 400
office@viacampesina.at

Nähere Infos finden Sie auf unserer Homepage www.viacampesina.at! Dort können Sie auch unseren Newsletter oder die Anmeldung als Mitglied bzw. für ein Abonnement selbst durchführen.



Nyéléni-Herbsttreffen der Bewegung für Ernährungssouveränität

Fr, 2. Nov – So, 4. Nov 2018

Lorenzshof, Denkmalweg 7, Ledenitzen (Ktn)

Wir laden alle Interessierten herzlich ein, beim Forum für Ernährungssouveränität dabei zu sein. Auf euch warten spannende Workshops, Diskussionen und viel Gelegenheit zur Vernetzung.

Weitere Infos in der Mitte der Zeitung im Bildungskalender



Internationaler Nyéléni Kongress in Freiburg

Do, 6. Dez- So, 9. Dez 2018

in Freiburg im Breisgau

Das erste deutschsprachige Treffen für Ernährungssouveränität! Zur Vernetzung von Initiativen in Österreich, Deutschland, der Schweiz und allen anderen deutschsprachigen Regionen. Bereite auch Du einen Workshop gemeinsam mit anderen Initiativen vor oder komm vorbei um andere Gruppen kennen zu lernen.

Anmeldung und weitere Infos unter: nyeleni.de

CROSSROADS

Festival für Dokumentarfilm und Diskurs

31. Okt – 11. Nov 2018 // FORUM STADTPARK / Graz



Foto: www.ende-gelaeende.org

Wege für eine Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1

A-1090 Wien

+43/1/89 29 400

Pb.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1090 Wien

Bei Unzustellbarkeit zurück an:

ÖBV-Via Campesina Austria

Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien

Postzulassungsnummer MZ 02Z031272M

